IMT Nuremberg Archives

H – 2779

International Court of Justice

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
Office of The General Secretary

MEMORANDUM

TO _____

Seyss - Inquart

DANIEL P. SULLIVAN,
Captain, Infantry.

H2779 - 0002

_____
(Date)

H2779 -0003

Dr. Gustav Steinbauer
Verteidiger von
Dr. Seyss-Inquart

Nuernberg, den 3.10. 1946

An den

KONTROLLRAT FUER DEUTSCHLAND

B E R L I N .

In der Menschheitsgeschichte wurde stets selbst bei primitiven Naturvoelkern das Richteramt als ein summum officium aufgefasst, dass man nur den Haenden der Weisesten und Lebenserfahrensten des Volkes anvertraute. Umfassendes Wissen, psychologisches Verstaendnis und vor allem tiefwurzelnder Gerechtigkeitssinn sind die wesentlichen Merkmale eines guten Richters. Die Mitglieder des Internationalen Militaergerichtshofes in Nuernberg waren solche gute Richter und man wird aufrichtig bewundern, mit welcher Klugheit und mit welchem Fleiss diese Maenner den ungeheueren Stoff der gesamten Politik und Wirtschaft einer Grossmacht ueber den Zeitraum eines Vierteljahrhunderts gemeistert haben, um der Gerechtigkeit zu dienen. Aber wie gross die Prozessmaterie auch sein mag, es bleibt immer die wesentliche Aufgabe des Richters nur zu pruefen, ob und inwieweit das Gesetz uebertreten wurde. Ihre Aufgabe, meine Herren, geht darueber hinaus ! Sie sollen pruefen, ob Gnade vor Recht gehen soll. Als ich als Knabe zur Schule ging, da erzaehlte man uns Kindern, dass einmal, als unser alter Kaiser ein Gnadengesuch abgewiesen hatte, eine Traene aus seinen Augen die Unterschrift verloeschte. Es mag dies eine fromme Legende gewesen sein um in uns Kindern das dynastische Gefuehl zu foerdern. Ich erwaehne dies um damit anzuzeigen, dass es wahrhaft ein koenigliches Amt, eines der Imponderabilien des Herrschers ist, das Gnadenrecht auszuueben. Durch den Zusammenbruch des Grossdeutschen Reiches ist die Souveraenitaet und damit auch das Gnadenrecht auf Sie uebergegangen. Moegen Sie dies Ihr Amt, durch Ihren Spruch Menschenleben zu erhalten oder zu vernichten, ohne Furcht vor der Tagesmeinung wahrhaft koeniglich ausueben! Ich als Verteidiger aber, bete zu Gott, dass er mirh die richtigen Worte finden

H2779 - 0004

lasse Ihnen bei der Entscheidung zu helfen. Ich will Ihnen dabei nicht schmeicheln und auch nicht drohen, sondern nur bestrebt sein, Ihnen die vor der Geschichte so verantwortungsvolle Arbeit zu erleichtern.

Laut Artikel 26 der Charter des Londoner Viermaechteabkommens v. 8.8.45 ist das Urteil des Gerichtshofes endgueltig und nicht anfechtbar. Nach Artikel 29 haben Sie das Recht, das Urteil zu mildern oder zu Gunsten des Angeklagten abzuaendern.

Im Sinne dieser gesetzlichen Regelung will ich nun unter Festhaltung der gerichtlichen Feststellungen im Urteil die einzelnen Fakten an Hand des Beweismateriales besprechen, um Ihnen eine Grundlage fuer die Entscheidung zu bieten und insbesondere noch einmal das vor Augen zu fuehren, was zu Gunsten des Angeklagten spricht.

Zu Punkt 1 der Anklage(Verschwoerung zum Angriffskrieg):

Der Vorwurf Punkt 1 enthaelt die Verschwoerung zum Angriffskrieg. Nicht nur nach den Vorbringen der Anklage sondern auch nach dem Ausspruche des Gerichtes in seinem allgemeinen Teil ist dies der schwerste Vorwurf, sozusagen die Quelle alles Uebels. Ein Freispruch von diesem Vorwurf, nach dem die Anklage in einem gegebenen Falle die Anklage erhoben hatte, ist daher ein Umstand, der fuer die Gesamtqualifikation eines Angeklagten nicht ohne Bedeutung sein kann. Im vorliegenden Falle kommt hiezu, dass Seyss-Inquart wie kaum ein zweiter Angeklagter in einem Gelegenheitsverhaeltnisse gestanden ist. Das Gericht glaubt dies damit andeuten zu koennen, dass Seyss-Inquart auf deutschem Druck hin Staatsrat wurde. Diese Annahme ist uebrigens unrichtig. Seyss-Inquart wurde durch Dr. Schuschnigg in die Politik eingeschaltet, durch Glaise-Horstenau hiezu aufgefordert und seine Ernennung erfolgte ueber Vorschlag des Generalsekretaers der Vaterlaendischen Front Zernatto in der Absicht, dem dominierenden Einfluss des Leiters der illegalen Nazis Hauptmann Leopold, ein Gegengewicht zu bieten. Es ist fuer die Beurteilung Seyss-Inquarts aber gewiss von besonderer Bedeutung, dass er die ihm von Dr. Schuschnigg eingeraeumte Vertrauensstellung trotz aller vom Richter Francis Biddle festgestellten Schwierigkeiten nicht zu einer Ver-

H2779 – 0005

schwoerung missbraucht hat, wie das Gericht durch seinen Freispruch zu Punkt 1 festgestellt hat. Der zeitlich erste Vorwurf besteht in der Uebernahme der Bundeskanzlerschaft unter deutschem Druck am 11. Maerz 38 abends. Aus diesem Freispruche kann daher gefolgert werden, erstens, dass Seyss-Inquart mit besonderer Aufmerksamkeit an der Legalitaet der Entwicklung festgehalten hat und zweitens, dass das Gericht Seyss-Inquart ein so grosses Mass von Glaubwuerdigkeit zubilligt, dass es die zahlreichen Behauptungen und Beweismittel der Anklage als nicht stichhaeltig haelt. Aus diesen Gruenden ist der Freispruch von der schwersten Anklage ein sehr wichtiger Umstand fuer die Gesamtbeurteilung Seyss-Inquart's.

Zu Punkt 2 der Anklage(Verbrechen gegen den Frieden in Verbindung mit einem Angriffskriege):

Worauf sich der Schuldspruch in Punkt 2 bezieht, war aus der knappen Urteilsbegruendung der Verteidigung nicht in voller Klarheit ersichtlich, es kann die Tatsache sein, dass Seyss-Inquart unter deutschem Druck die Bundeskanzlerschaft annahm und sohin im Gegensatze zu den Friedensvertraegen das Wiedervereinigungsgesetz vollzog, ferner dass er am 11. Maerz 1939 die slowakische Fuehrung zur Unabhaengigkeitserklaerung veranlasst haben soll, schliesslich dass er eine Verwaltungsfunktion in durch einen Angriffskrieg besetzten Gebieten, Polen und den Niederlanden uebernommen hat.

Was Oesterreich betrifft, trifft der behauptete Sachverhalt zu. Seyss-Inquart hat dies in aller Ausfuehrlichkeit geschildert und auch seine Beweggruende angefuehrt, naemlich die Aufrechterhaltung eines Ordnungsfaktors, um einen legalen Ablauf der Ereignisse zu sichern und katastrophale den Frieden gefaehrdende Weiterungen zu vermeiden. Tatsaechlich vollzogen sich damals alle Ereignisse formalrechtlich legal. Auch Bundespraesident Miklas wurde nicht durch Parteiformationen zum Ruecktritt gezwungen, sondern dankte ab, um der Entwicklung nicht entgegen-zu-stehen. In diesem Zusammenhange ist aber eine Feststellung des Gerichtes im allgemeinen Teile seiner Ausfuehrungen von besonderer Wichtigkeit. Nach dieser gerichtlichen Feststellung hat Seyss-Inquart das beruechtigte Telegramm mit der

H2779 - 0006

Bitte um Einmarsch- also den politischen Kardinalpunkt des deutschen Angriffes- nicht nur nie abgeschickt, obwohl er hiezu bekanntlich wiederholt aufgefordert wurde, sondern nicht einmal sein "Einverstanden" nach Berlin telegrafiert, ja das Gericht glaubt und zwar mit Recht feststellen zu koennen, dass Seyss-Inquart am 11. Maerz 1938 noch nach 10h abends ueber Keppler bei Hitler vorstellig wurde, nicht einzumarschieren, dass aber Goering dieses Ersuchen an Hitler nicht weitergegeben habe, um dessen Nachtruhe nicht zu stoeren. Daraus ergibt sich, dass eine dolose Unterstuetzung des deutschen Einmarsches durch Seyss-Inquart nicht stattgefunden hat, sondern dass er, lediglich nach Durchfuehrung des Einmarsches einen den Frieden wahren sollenden Ablauf der Ereignisse technisch ermoeglichte. Diese Feststellung ist gerade vom heutigen Beurteilungsstandpunkte wichtig, wozu aber nicht unerwaehnt bleiben darf, dass fuer Seyss-Inquart natuerlich das nationale Motiv- Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes- von besonderer Bedeutung war und er sich in diesem gewiss nicht unedlen Motiv mit der ueberwiegenden Mehrheit der Bevoelkerung wie die Abstimmung zeigte einig glaubte! Hier sei auf die Zeugenaussage Stuckart Dok. Buch Nr.4 verwiesen, ueber das ueberraschende Zustandekommen des Anschlussgesetzes und die Tatsache, dass die Grossmaechte und der Voelkerbund diese voelkerrechtliche Tatsache zur Kenntnis genommen hat. Aber wie dem immer auch sei. Im Falle Kaltenbrunner hat das Gericht im Urteil ausdruecklich festgestellt, dass der Fall Oesterreich kein Angriffskriegsfall ist, eine Beteiligung an der Durchfuehrung dieses Falles nicht der Qualifikation nach Punkt 2 und zwar mangels tatsaechlichen Kriegsfalles unterliegen. Diese Feststellung muss wohl auch fuer Seyss-Inquart gelten.

Was das Verhalten Seyss-Inquarts am 11.3.39 betrifft, so geben hierueber ausser der Aussage Seyss-Inquart's selbst die Dokumente D 571 und PS 2790 Auskunft. Jedenfalls hat auf besagte Intervention hin eine Unabhaengigkeitserklaerung der Slowakei nicht stattgefunden. Aber das Ausmass der Beteiligung Seyss-Inquart's ist fuer die Gesamtbeteiligung wichtig. Aus beiden Dokumenten ergibt sich, dass Keppler

H2779 - 0007

und Buerckel, die aktiv Handelnden waren und Seyss-Inquart - wie er erlaeuterte, die Begleitung der beiden nach Pressburg zu besorgen hatte. An den Ereignissen, die zur Unabhaengigerklaerung am 13.3.39 gefuehrt haben, war Seyss-Inquart gar nicht beteiligt. Uebrigens handelt es sich auch hier nicht um einen Krieg.

Was aber die Taetigkeit in Polen und den Niederlanden betrifft, so ist eine solche, qualitativ gleichgelagerte im Fall Frank nicht als Verbrechen gem. Punkt 2 qualifiziert worden.

Zusammenfassend kann zum Vorwurf ad Punkt 2 gesagt werden, dass die in Frage kommenden Ereignisse die vom Gericht verlangte Qualifikation - naemlich Angriffskrieg - so wenig in sich tragen, dass sie in anderen Faellen nicht als gegeben erachtet wurde und dass die Absicht, die Seyss-Inquart bietete, nicht die Unterstuetzung eines Angriffswillens von dritter Seite war sondern das Bestreben einmal in Gang gesetzten Angriffswillen sich nicht zu einer den Frieden gefaehrdenden Katastrophe ausweiten zu lassen.

Zu Punkt 3 (Verbrechen gegen das Kriegsrecht):

Dass Rechtsbrueche im Sinne Punkt 3 des Statuts vorliegen steht ausser Zweifel. Es handelt sich vor allem um die wirtschaftliche Ausbeutung der Niederlande und die Verwendung niederlaendischer Arbeitskraefte im Wege der Arbeitsverpflichtung fuer deutsche Zwecke, beides ueber den Wortlaut der Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung hinaus. In beiden Faellen ist es aber fuer die Gesamtbeurteilung Seyss-Inquarts wichtig, dass die Initiative und - wie das Gericht im Falle Goering und Sauckel festgestellt hat- der Befehl von Berlin ausgegangen ist. Liegt damit auch kein Schuld-oder Strafausschliessungsgrund vor so doch jedenfalls ein im Statut(Paragr.8) ausdruecklich festgesetzter Strafmilderungsanlass. Dazu kommt, dass Seyss-Inquart aus einer vom Gericht als falsch bezeichneten Rechtsansicht ueber die Wirksamkeit der Haager Landkriegsordnung gehandelt hat, so dass auch das Moment der subjektiven Rechtswidrigkeit zumindest sehr abgeschwaecht ist.

Die gewerblichen Rohstoffe, die in den Niederlanden im Mai 1940 vorraetig waren, wurden schon in den ersten Wochen ins Reich gefuehrt

H2779 – 0008

und zwar durch Massnahmen, die im Taetigkeitsbereich der damaligen, noch von der niederlaendischen Regierung zurueckgelassenen Generalsekretaere erfolgten. Es ist nicht anzunehmen, dass diese so ohne weiteres einen rechtswidrigen Verlangen nachgegeben haetten, wenn sie aber unter einem Druck standen sind, dann unter einem viel staerkerem als der oben angekommene, ueber keine ausergewoehnliche Autoritaet verfuegende Reichskommissar ausueben konnte. Beide, die niederlaendischen Generalsekretaere und der Reichskommissar standen einer viel staerkeren Macht - naemlich dem Beauftragten fuer den Vierjahresplan gegenueber ! Immerhin hat Seyss-Inquart in dieser Situation eines getan, er veranlasste Goering zur oeffentlichen Zusage, dass die Niederlaender nicht in schlechtere Lebensbedingungen verfallen sollten als das deutsche Volk. Diese Zusage nach Moeglichkeit zu halten, war Seyss-Inquart durchaus bemueht. Das ergibt sich klar aus dem Affidavit von der Wense Dok. 105 und aus dem Zwischenruf Seyss-Inquarts im Protokoll der Sitzung vom VIII/42 Dok. Nr.82(USSR 170)

Was nun den Vorwurf der Zwangsarbeit betrifft, so legt das Urteil besonderen Wert darauf, dass Seyss-Inquart auch Polizei zur Durchsetzung angewandt hat. In diesem Zusammenhang ist die unwidersprochene Darstellung Seyss-Inquart's zu beruecksichtigen, dass von 500 000 im Reich zur Verwendung gekommenen niederlaendischen Arbeitskraeften lediglich 2600 also etwa 1/2 % durch die Polizei verhaftet und ins Reich gefuehrt wurden. Dies bestaetigt der im Verfahren gegen die SS vernommene Zeuge Hofmann, der angibt, dass Seyss-Inquart das Eingreifen der Polizei in Fragen des Arbeitseinsatzes verboten habe. Ferner ist festzuhalten, dass Seyss-Inquart den Verlangen im Jahre 1944 250 000 niederl. Arbeitskraefte ins Reich zu bringen widersprochen und den Auftrag nicht durchgefuehrt hat, wie der Zeuge Lammers bestaetigte, da dies ohne energisches Eingreifen der Polizei nicht moeglich gewesen waere. Die Aktion Herbst 1944 zum Abzug der wehrfaehigen Bevoelkerung Hollands ist unbestritten eine Sache der Wehrmacht gewesen.

Liegen also nach den Feststellungen des Urteils in beiden Faellen Verstoesse i.S. Punkt 3 vor, so handelte Seyss-Inquart

H2779 -0009

ueber Befehl und in der Durchfuehrung in dem Bestreben, es zu keinen Humanitaetsexzessen kommen zu lassen.

Zu Punkt 4 der Anklage(Verbrechen gegen die Menschlichkeit)

Laut Urteilsbegruendung werden Seyss-Inquart vor allem 2 Vorwuerfe gemacht:

1. er habe durch die Polizei Geisel erschiessen und Niederlaender in Konzentrationslager sperren lassen.

2. Er Habe die Massnahmen gegen die Juden insbes. in den Niederlanden durchgefuehrt vor allem die Deportationen nach Auschwitz und im Hinblick auf seine Stellung muesse man annehmen, dass er von den Vorgaengen dortselbst gewusst habe.

ad.1. Die Stellung der deutschen Polizei unter Himmler in ihrer besonderen Verschmelzung mit der SS hat in diesem Prozess eine besonders gruendliche Untersuchung erfahren. Als Ergebnis wurde festgestellt dass Himmler sich in der Verbindung Polizei- SS einen eigenen, von anderen Staatsinstanzen voellig unbeeinflussbaren Apparat geschaffen habe, durch den er eine grosse Anzahl schwerster Humanitaetsexzesse ausfuehren liess. Dies gilt bes. fuer die Gestapo und die Konzentrationslager. Auf Grund dieser Feststellungen erfolgte daher die Erklaerung des Gerichtes, dass die SS und die Gestapo verbrecherische Organisationen seien. Dieser Teil des Urteils mit weitreichendsten Auswirkungen muss aber zweifellos bei der Gesamtbeurteilung des Verhaltens Seyss-Inquart's n i c h t beruecksichtigt werden. Es geht doch nicht an, einerseits Gestapo und SS als eine einheitlich geleitete und verbrecherische Organisation anzusehen, andererseits im territorialen Bereichen die Verantwortung fuer die Taetigkeit der Polizei nichtpolizeilichen Verwaltungstraegern aufzubuerden. Im vorliegenden Fall gilt dies umsomehr, als nach den Ergebnissen des Beweisverfahrens die Polizeiorganisation in den besetzten Gebieten ueber die Hoeh. SS und Polizei Fuehrer von Anfang an noch straffer an Himmler gebunden war als im Reich. Vor allem aber hat das umfangreiche Beweisverfahren nicht <u>eine</u> Urkunde und nicht <u>einen</u> Zeugen produziert, lt. welchem Seyss-Inquart auch nur <u>einen</u> Niederlaender in ein Konzentrationslager einsperren oder als echte Geisel erschiessen liess. Diese Vollmacht

H2779 - 0010

hatte er gar nicht. Die Bekaempfung der Widerstands- und Sabotagebewegungen gehoerte ausschliesslich in die Kompetenz der Gestapo, die Fuehrung der Konzentrationslager ausschliesslich in die Kompetenz des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS. Der Zeuge Morgen im SS Verfahren schilderte ausfuehrlich, wie schwer es fuer eine andere SS und Polizeistelle war, in die Konzentrationslager einzugreifen und da soll eine zivile Verwaltungsbehoerde einen Einfluss bis zu einer mit der Todesstrafe belasteten Verantwortung ausueben koennen?

Was die Geiselerschiessungen betrifft, sagt das Urteil selbst, dass Seyss-Inquart beim Hoeh. SS u. Pol. Fuehrer auf eine Herabsetzung der Zahl gewirkt habe, womit der bestimmende Einfluss Seyss-Inquart's bereits negiert ist. Es handelt sich hier offenbar um den Fall Rotterdam im Sommer 1942. Die damalige Intervention Seyss-Inquart's erfolgte uebrigens dem Wehrmachtbefehlshaber gegenueber. Moeglicherweise dachte das Gericht auch an die Intervention Seyss-Inquart's nach dem Anschlag auf den Hoeh. SS u.Pol. Fuehrer im Maerz 1945 bei Himmler, als dieser 500 Niederlaender als Geisel erschiessen lassen wollte. Damals ab September 1944 handelte es sich aber ueberhaupt nicht um Geiselerschiessungen, sondern um Vollstreckungen jener Todesurteile, die der Hoeh. SS u.Pol. Fuehrer - nicht auf Grund einer Verordnung des Reichskommissars sondern auf Grund eines unmittelbaren Fuehrerbefehls v.30.7.40, PS 835 - bei nachgewiesener Terror- und Sabotagebetaetigung zu faellen hatte. Dies bestaetigen saemtliche in dieser Angelegenheit im niederl. Regierungsbericht vernommenen Zeugen Dok. 77 und der Zeuge Dr. Wimmer vor Gericht. In diesem Zusammenhang wird auch im Urteil behauptet, Seyss-Inquart haette Geistliche einsperren lassen. In den vielen 1000 Seiten Gerichtsakten gibt es nur einen Hinweis auf eine solche Befassung, naemlich die Aussage Seyss-Inquarts, er habe bei der Polizei interveniert, dass Geistliche aus den Konzentrationslagern freigelassen wurden, was zum Teil gegluckt ist. Seyss-Inquart soll auch niederl. Gerichte dazu verwendet haben, Niederlaender in Kz. einsperren zu lassen. Hier liegt offenkundig eine Tatbestandsverwechslung vor. Kein niederl. Gericht

H2779 - 0011

hatte jemals den Auftrag oder die Vollmacht a) ueber Widerstands- Sabotage-oder Terrorakte zu urteilen, das war ausschliesslich Sache der deutschen Gerichte b) eine Todesstrafe zu verhaengen c) jemanden in ein Konzentrationslager einzuweisen. Dies ergibt sich voellig eindeutig aus den dem Gericht vorliegenden Verordnungsblaettern des Reichskommissars. Tatsaechlich wurden von den niederl. Gerichten nach niederl. Gesetzen verurteilte Haeftlinge aus niederl. Strafanstalten genommen, in deutschen Lagern zur Arbeit gebracht und schlecht behandelt. Auf eine Beschwerde der Amsterdamer Richter gestattete Seyss-Inquart, dass eine Kommission niederl. Richter diese Lager besuchte und auf Grund des von diesen erstatteten Berichtes stellte Seyss-Inquart alle Uebelstaende ab und liess die Haeftlinge wieder in die niederl. Gefaengnisse zurueckbringen. Als das Gericht Leuwarden trotz Klageloserklaerung weiterhin nicht amtierte, pensionierte er die Richter. Dies ergibt sich aus Dok. 681 F und der Zeugenaussage Dr. Wimmer. Seyss-Inquart wird weiters im Urteil die Einfuehrung von Polizeistandgerichten zum Vorwurf gemacht- Hier handelt es sich nicht um das summarische Verfahren ab September 1944 lt. Fuehrerbefehl PS 835 - sondern um <u>wirkliche Gerichte</u> mit einem ausgebildeten Richter, einem Prozessverfahren und Beiziehung eines auch niederl. Verteidigers. Diese Polizeistandgerichte waren lediglich im Mai 1943 etwa 10 Tage in Funktion. Es spricht fuer die Objektivitaet der Niederlaender, dass sie weder gegen diese Sondergerichte noch gegen die Anhaltung von politisch Verdaechtigen in Lagern in ihrem Regierungsbericht Stellung nahmen, sondern nur gegen die grausame Behandlung bei diesen Anlaessen. In diesem Zusammenhang ist auch die Verantwortung Seyss-Inquarts zu pruefen. Eine unmittelbare Verantwortung trug er weder fuer Konzentrationslager noch fuer die Polizeigefaengnisse. Duldete er ihm bekannte Missstaende? Es wird auf die unwiderlegten Aussagen Seyss-Inquart's der Zeugen Dr. Wimmer und des Affidavit Fritsch Dok. Nr.75 verwiesen. Seyss-Inquart hat widerholt interveniert, sich ueber Sterblichkeitsfaelle berichten lassen, dem niederl. roten Kreuz den Besuch der Haeftlinge gestattet und sogar richterl. Kommissionen in die Polizeigefaengnisse und Konzentrationslager geschickt, um die

H2779 - 0012

Bedingungen der Anhaltung und die Gruende fuer dieselbe zu pruefen. Ein wohl einzigdastehender Fall im grossdeutschen Bereich ! Es muessten angesichts der ungeheuerlichen Vorgaenge, die aus den verschiedensten Gebieten ueber die Verhaeltnisse in den deutschen Gefaengnissen und Konzentrationslagern berichtet wurden, die Vorgaenge in den Niederlanden, so bedauerlich und verurteilungswuerdig sie an sich sind, als am wenigst exzessiv betrachtet werden ! Bekanntgewordene Exzesse wurden aber auf nachdrueckliche Vorstellung Seyss-Inquart's geahndet. Siehe Aussage Morgen(SS Verfahren) ueber die Verurteilung des Lagerleiters Herzogenbusch. Kann es wirklich Seyss-Inquart zum Vorwurf gemacht werden, wenn er in einer Rede als Warnung oeffentlich erklaerte, dass die Gegner vernichtet werden muessen? Als Gegner bezeichnete er aber nicht die politisch Anders denkenden sondern die Saboteure und Terroristen. Wo werden denn solche im Kriege geschont? Die heute noch geltenden Vorschriften sind um nichts milder. Ich verweise zum Beispiel nur auf die Verordnung Nr.1 der Militaer Regierung Deutschland wo in Artikel 1 allein 20 Tatbestaende mit dem Tode bedroht werden. Er erklaerte aber zugleich: und wir muessen menschlich bleiben, indem wir unsere Gegner nicht quaelen PS 3430. Kein niederl. Polizist wurde durch Sippenhaftung zum Einschreiten gegen Niederlaender genoetigt. siehe Aussage Hirschfeld, der auf die Frage des Anklagers dies verneint, und sagt, dass natsoz. Elemente in der niederl. Polizei dies freiwillig taten. Ferner das Affidavit von Seyss-Inquart, lt. welchem Sippenhaftung nur, wenn Polizisten mit Waffen zur Widerstandsbewegung ueberliefen, die Enthaftung wurde aber vor Weihnachten durchgefuehrt Der Zeuge Hirschfeld bestaetigt ueberdies die Selbstaendigkeit des Hoeh. SS und P.Fuehrers!

In diesem Zusammenhang macht das Urteil noch einen Vorwurf aus der Taetigkeit Seyss-Inquart's in Polen. Er hat die Anfaenge der beruechtigten A.B.-Aktion mitgemacht, aber nur die Ausgabe der Weisung des Gen. Gouv. Franks. Darueber sagte der Zeuge Buehler aus. Er stellte fest, dass auf seine Initiative die Befugnisse der Polizei begrenzt und die Einschaltung des Gerichtes betont wurde. Damit handelt es sich aber um eine Anordnung zur Bekaempfung von Widerstandsbewegungen, wie sie durchaus ueblich ist.

Wenn das Gericht im Falle Frank feststellt, dass bei dieser Aktion auch aussergerichtliche Exekutionen stattgefunden haetten, so waren dies Exzesse im Vollzug, mit denen Seyss-Inquart nichts zu tun hatte, da er damals nicht mehr in Polen war.

ad 2.) Hier liegt wohl der gewichtigste Vorwurf der Seyss-Inquart im Urteil gemacht wird insbesondere im Hinblick auf die Feststellung " er habe gewusst, was in Auschwitz vor sich gehe."

Waehrend im Fall ad 1.) bei der im natsoz. Bereich gegebenen Kraeftevorteilung ein anders oder besser wirksames Verhalten Seyss-Inquart's kaum moeglich gewesen sein duerfte, stellt das Vorgehen gegen die Juden zweifellos einen Verstoss gem. Punkt 4 da. Es muss aber gepruefft werden, welches Ausmass der Verantwortung im gegebenen Fall Seyss-Inquart trifft. Das Gericht geht davon aus, dass Seyss-Inquart am Ende seiner Wiener Taetigkeit die Deportation der Juden nach dem Osten veranlasst hat. Die Massnahmen gegen die Juden in Wien gehen wie sonst im Reich im wesentlichen von den Novemberereignissen 1938 aus, im besonderen von der Sitzung Goering am 12.XI.38 PS 1816 aus. Bei dieser Sitzung war Seyss-Inquart gar nicht anwesend, sondern Buerckel, der sich Dr. Fischboeck mitgenommen hatte. Buerckel nahm in der Judenfrage die Fuehrung in Anspruch PS 2237 und beklagte sich, dass Seyss-Inquart bei den Massnahmen gegen die Juden nicht mitziehen wolle. Dok. Exh.67 - Die Taetigkeit Seyss-Inquarts in Wien endete mit 30.4.38. Damals konnte eine Deportation von Juden nach dem Osten schon deshalb nicht stattfinden, weil es damals solche Ostgebiete fuer Deutschland gar nicht gab !! Aber auch spaeter lt.Dok.3398 PS hat Seyss-Inquart gegen eine Deportation von Juden durch den Gauleiter von Wien protestiert und zwar mit Erfolg. Das ist das einzige, was sich zweifelsfrei als Tatsache aus diesem Dokument ergibt. Lt.Polizeibericht Dok.Exh.66 konnte aber bis Mai 1939 etwa die Haelfte der in Oesterreich befindlichen Juden ordnungsgemaess nach dem Westen oder in Uebersee auswandern, etwa 90 000 Menschen. Dass dies auf die tatkraeftige Hilfe Seyss-Inquart's zurueckzufuehren ist, ergibt sich aus dem Affidavit Stricker Dok.70. Alle diese Menschen wurden vor einem grausamen Schicksal bewahrt !!!

H2779 - 0013

H2779 - 0014

Was die Polizei und Konzentrationslager in Oesterreich anbelangt, so hatte Seyss-Inquart auf die Polizei nicht mehr Einfluss als ein Oberpraesident im Reich, dazu aber Buerckel noch vor sich gesetzt. Kein Oesterreicher wurde auf seinen Befehl, ja nicht einmal auf seine Veranlassung hin verhaftet, umgekehrt eine Reihe enthaftet z.B. Bundeskanzler a.D. Dr. Ender. Was die Zustaendigkeiten zwischen Seyss-Inquart und Buerckel anbelangt, so ergibt sich vor allem, dass Heydrich oder Buerckel initiativ waren und Weisungen gegeben haben. Bzgl. Reichsstatthalter hat das gesamte Beweismaterial nur ergeben a) zoegernde Haltung gegenueber Buerckels Verlangen nach Beschlagnahme ferner b) andauernde Bemuehungen, Juden eine normale Auswanderung zu ermoeglichen usw. mit grossen Erfolg, nicht ein Fall, wo Seyss-Inquart Juden ins Konzentrationslager gebracht hat.

Lt. Urteil hat sich Seyss-Inquart in Polen fuer die Verfolgung der Juden eingesetzt. Was liegt an Beweisen vor? Nichts als ein Reisebericht PS 2278 mit einer Bemerkung des Gouverneurs von Lublin, dass er die Lubliner Juden nach Kirow geben wolle, um sie zu " dezimieren." Es fehlt aber jede Stellungnahme Seyss-Inquarts zu dieser Bemerkung. Ist dies ein zweifelfreies Belastungsmoment fuer Seyss-Inquart?

Nun die Niederlande. Hier wurden alle Massnahmen durchgefuehrt, genau wie sie inzwischen im Reich erfolgt waren. Aus den dem Gericht vorliegenden Verordnungsblaettor ergibt sich deutlich, dass alle vermoegensrechtlichen Massnahmen durch Seyss-Inquart als Reichskommissar erfolgten und zwar ueber Weisung Goerings, in dessen Fall urteilsmaessig festgestellt wurde, dass er den Befehl zur Liquidation des Judenvermoegens im Reich und den besetzten Gebieten gab. Alle Massnahmen, die die persoenliche Freizuegigkeit betrafen einschliesslich Einfuehrung des Judensternes und Sammlung in eigenen Judenvierteln erfolgten durch den Hoeh. SS u. Polizei Fuehrer. Gewiss hat Seyss-Inquart hievon nicht nur gewusst, sondern war mit diesen Massnahmen auch einverstanden Er begruendet sein Einverstaendnis damit, dass er den Juden gegenueber als den Feinden des natsoz. Deutschlands diese Massnahmen als Sicherungsmassnahmen fuer noetig hielt. Wesentlich ist aber auch in diesem Zusa-

H2779 - 0015

Zeitpunkt schon die verantwortliche Kompetenzaufteilung, alle die persoenliche Freizuegigkeit betreffenden Massnahmen gehoeren lt. einem bes. Fuehrerbefehl in die Kompetenzen Heydrichs und werden durch die deutsche Polizei durchgefuehrt. Es ist eine voellige Umkehrung der Ergebnisse des Beweisverfahrens aber auch der Feststellungen des Gerichtes selbst und der Begruendung des eigenen Urteilsspruches bzgl. SS und Gestapo, wenn im Falle Seyss-Inquart das Gericht sagt, Seyss-Inquart habe ueber Vorschlag Heydrichs die Massenverschleppung verfuegt. Auf einmal gibt es kein Amt IVb mehr Eichmann mit Sonderstellen in allen besetzten Gebieten z.B. von der Funte in Amsterdam. Diese belastende Feststellung des Gerichtes ist ganz einfach falsch und steht im Widerspruch mit allen Beweisergebnissen und allen andern gerichtlichen Feststellungen. In Wirklichkeit hat sich Seyss-Inquart lange gegen die Deportation gestraeubt, Massnahmen getroffen, um die Juden in den Niederlanden zu halten und z. B. gegen den Abtransport von 400 Juden im Maerz 1941 nach Mauthausen nachdruecklich protestiert.

Dass Seyss-Inquart von der Judenvernichtung in Auschwitz gewusst haben soll, leitet das Gericht aus seiner Stellung ab. Seine Stellung war in dieser Beziehung um nichts mehr hervorgehoben als die jedes anderen Ministers oder eines anderen oertlichen obersten Verwaltungsorganes also z.B. irgendeines Gauleiters. Nimmt das Gericht in irgendeinem solchen Fall Nichtwissen an, so muss es doch dasselbe Seyss-Inquart zubilligen, der ja im aeussersten Westen des Reichsinteressengebietes sass und nicht am zentralen Umlaufplatz aller Geruechte und Nachrichten in Berlin. Man muss hier beruecksichtigen, dass Seyss-Inquart niemals von einem anderen obersten Reichsfunktionaer z.B. verlangt habe, dieser muesse ihm noch 60.000 Juden abnehmen, oder in sein Amt Berichte ueber die Vernichtung der Juden in den besetzten Ostgebieten erhalten hat oder etwas von besonderen Depots aus Konzentrationslager wusste. Alle solche Vermutungsindizien fallen bei Seyss-Inquart fort. Aber er hat auch nicht absichtlich nichts wissen wollen; als die Deportation unvermeidlich war, liess er doch den kuenftigen Aufenthalt pruefen, spaeter frug er bei Hit-

H2779 – 0016

ler und Himmler nach, was mit den Juden eigentlich los sei ! So fehlen bei Seyss-Inquart nicht n r die Vermutungsindizien, sondern bei ihm ist auch noch eine gewisse Sorge und Nachfrage festzustellen, die ansonsten nicht anzutreffen war ! Dass Seyss-Inquart aber aehnlich wie im Falle Neurath Tausende von der Deportation befreit hat, ist eine aus dem niederl. Regierungsbericht selbst festzustellende Tatsache. Das im Falle Seyss-Inquart um nichts bemerkenswertere sondern durch seine Verwendung im Westen eher erklaerbare Nichtwissen ist wohl durch die Darlegung der Vernichtungsaktion durch den Zeugen Morgen erklaert. Dass er aber mit dem physischen Vorhandensein wenigstens der grossen Mehrzahl der Juden rechnete ergibt sich daraus, dass er deren beschlagnahmtes Vermoegen nicht zu Gunsten des Reiches oder eines anderen Zweckes einziehen liess.

Eine Sichtung der vom Gericht angefuehrten Belastungsmomente, eine Ergaenzung derselben aus dem Beweisverfahren zu Gunsten des Angeklagten und ein Vergleich mit der sonstigen Strafzumessung des Gerichtes ergibt sohin folgendes Bild:

Der Vorwurf des Verbrechens gegen Punkt 2 besteht eigentlich nur in einem Taetigwerden Seyss-Inquarts nach vollendeten Tatsachen mit dem Ziel, den Frieden gefaehrdende Weiterungen zu vermeiden. Seyss-Inquart glaubte zugleich im Sinne der ueberwaeltigenden Mehrheit des Volkes in Oesterreich zu handeln und das auch dem deutschen Volk zugesagte Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen.

Zu Punkt 3. Die wirtschaftliche Ausbeutung und der zwangsweise Arbeitseinsatz erfolgte ueber Befehl der Reichszentralstelle. Seyss-Inquart trachtete in Durchfuehrung dieser Auftraege die Interessen der Niederlaender zu wahren und setzte niemals Brachialgewalt in einem die Ordnung stoerenden Umfang ein.

Zu Punkt 4. Fuer Geiselerschiessungen, Polizeigefaengnisse und Konzentrationslager ist Seyss-Inquart nicht unmittelbar verantwortlich. Auch hier wirkte er massigend und korrigierend. Ein Missbrauch von gerichtlichen Einrichtungen fand nicht statt.

Die Massnahmen gegen die Juden fuehrte er auf vermoegensrechtlichem Gebiet durch, den personellen Massnahmen in den Niederlan-

H2779 - 0017

landen stimmte er zu, die Deportation erfolgte gegen seinen Vorschlag. Er hat diese niemals als einen"Beitrag zur Kultur" bezeichnet, die Juden niemals als minderwertig beschimpft und ernste Sorge um das Schicksal der Juden an den Tag gelegt.

Gegen die Belastungen aus obigen Verhalten stehen aber folgende Gruende, die das Gericht z.T. anerkannt hat:

Der Freispruch von Punkt 1 hat als Hauptkriegsverbrecher im allgemeinen, ueberdies im vorliegendem Falle eine besondere zu Gunsten des Angeklagten sprechende Bedeutung!

Dem Einwirken Seyss-Inquarts ist zu verdanken in den Niederlanden:

Die Herabsetzung der Zahl der Geiselerschiessungen,

die Verhinderung umfangreicher Zerstoerungen der Hafenanlagen von Rotterdam und der fuer die Ueberschwemmungen vorgesehenen Gebiete(Zeuge Schwebel, v.d.Wense, Wimmer, Hirschfeld)

Im Gnadenwege muss dies doch als mildernd angesehen werden. Es ist den Herren des Kontrollrates sicherlich bekannt, dass von den 33.000 qum^2 der Niederlande Landesflaeche 1/4 unter dem Meeresspiegel liegt. Die von Himmler und Bormann geplante Zerstoerung und Sprengung von Daemmen und Schleusen haette die Niederlande, eines der dicht bevoelkerten Laender der Erde in eine oede Salzflut verwandelt und Not und Elend waeren auch noch nach der Befreiung Schicksal der Niederlande gewesen. Dies tat Seyss-Inquart. Die Verhinderung des Befehls " verbrannte Erde" diese Verhinderung war auch fuer Seyss-Inquart risikovoll, genau wie fuer Speer.

Subjektiv noch wichtiger aber sind die mit dem Stabschef des Gen. E. Eisenhower getroffenen Vereinbarungen, die das tatsaechliche Ende der Besetzung und die Sicherstellung der Ernaehrung fuer die niederl. Bevoelkerung brachte. Trat in Erfolg auch bald der allgemeine Waffenstillstand ein, so rechnete man am 30.IV.45 doch noch mit einem langen Widerstand und bot 60 Tage Waffenstillstand an. Der Abschluss dieser Vereinbarung war hoechst risikovoll, in aehnlichen Faellen wurden die Verantwortlichen auf Weisung Bormanns kurzer Hand erschossen. Aehnliches fuerchtete der mili. Oberbefehlshaber Blaskowitz. Seyss-

H2779 - 0018

Inquart erklaerte aber alle Verantwortung zu uebernehmen. Schliesslich darf nicht uebersehen werden, dass die biologische Situation des niederlaendischen Volkes bis Mitte 1944 eine durchaus guenstige war, wie die Eheschliessungs-Geburten- und Sterblichkeitsziffern beweisen. In dieser Zeit ueberschritt die niederlaendische Bevoelkerung die 9 Millionengrenze. Jedenfalls ist irgendeine betraechtliche Einbusse von Polen oder den sonstigen Ostgebieten gar nicht zu reden - nicht erfolgt. Seyss-Inquart verfolgte auch niemals Plaene durch Evakuierung der einheimischen Bevoelkerung u.s.w. eine Verdeutschung des besetzten Gebietes zu erreichen. Dies ergibt sich aus dem von der Verteidigung vorgelegten statistischen Material.

Bei Beurteilung der Amtsfuehrung des Verurteilten in den Niederlanden darf auch keineswegs uebersehen werden, dass dieses Land, das Land des wirksamsten Widerstandes gegen die Besatzungsmacht war. War dieser Widerstand anfaenglich ein die Gesamtbevoelkerung umfassender passiver, so ging er in spaeterer Zeit zum aktiven Widerstand ueber, der sich seiner Natur entsprechend nicht an die Kriegsregeln halten konnte und mit einer immermehr zunehmenden Schaerfe gefuehrt wurde. Es hiesse die Tapferkeit der Freiheitskaempfer herabsetzen, wenn man ihre Bekaempfung nur mit der Grausamkeit der Besatzungsmacht erklaeren wollte. Es hiesse auch das Gesamtbild des Verurteilten ungenuegend darstellen, wenn man nicht auch daraufhinwies, dass er ein Mann mit reinen Haenden geblieben ist. Er hat sich persoenlich nie bereichert, sich keine der reichen Kunstschaetze des Landes angeeignet und ausser einem Fuehrerbild zum 50. Geburtstag keine in 100 000 RM gehende Ehrendotation erhalten. Bei der Strafbemessung ist auch nicht ausseracht zu lassen, dass er fuer Frau und 3 Kinder zu sorgen hat.

Oberrichter Robert H. Jackson hat in seiner Eroeffnungsansprache den Nuernberger Prozess als einen Versuch bezeichnet, der nicht vollstaendig sein koennte und in einem spaeteren Zeitpunkt zugegeben, dass es ein Gericht der Sieger ueber die Besiegten sei. Dr. Sheldon Glueck, Prof. an der Harvard Universitaet, der Oberrichter Jackson bei der Anklage beriet, hat in seinem Buche " The Nuremberg Trial

H2779 - 0019

and Aggressive War " die Einwendungen der Verteidigung insbesondere der Verantwortung von Einzelpersonen fuer Staatshandlungen und die Anwendung eines ex post facto Gesetzes fuer sehr beachtlich bezeichnet. Er gibt auch zu, dass es vielleicht zweckmaessiger gewesen waere ein wirkliches Internationales Gericht zur Aburteilung ueber die Angeklagten Nazi-verbrecher zu bestellen. Dies gibt nur die groessere Verpflichtung, die dem Kontrollrat im Statut eingerichtete Ueberpruefungsmoeglichkeit zu Gunsten des Angeklagten auf das Gewissenhafteste auszuueben. Wenn jetzt der Versuch gemacht wird, das Ergebnis des Prozesses parteipolitisch zu ausnuetzen und in Volksversammlungen gegen die teilweisen Freisprueche Sturm zu laufen, so ist dies eine unzulaessige Kritik eines Gerichtes der Besatzungsmacht und eine Beleidigung der Richter, die nach ihrem besten Wissen und Gewissen das Urteil gefaellt haben. Es ist auch eine Beleidigung des Kontrollrates fuer Deutschland, wenn man das Gerucecht verbreitet, dass Gnadengesuche und Antraege auf Abaenderung durch den Kontrollrat im Sinne des Paragr. 9 des Statutes zwecklos seien, weil die Entscheidungen einstimmig erfolgen muessten und eine Macht entschlossen sei, dagegen zu stimmen. Die Verteidigung ist ueberzeugt, dass auch der Kontrollrat die Antraege der Verteidiger auf das Gewissenhafteste ueberpruefen wird. Es wird aber ein pflichtgemaesses Recht der Verteidigung sein, auf eine gewisse Ungleichheit bei der Strafbemessung hinweisen zu duerfen, insbesondere auf die Freisprueche Schacht und Papen und die Strafbemessungen bei Schirach und von Neurath. Das deutsche Volk steht noch zu stark unter den Folgen des von den Nazi-verbrechern angezettelten Angriffskrieges, um den richtigen Abstand zu dem Nuernberger-Prozess zu finden. Es sieht die 1000 und 10000 die durch Deutschland als Fluechtlinge irren und einem furchtbaren Winter entgegengehen. Es denkt an das traurige Schicksal der 100 000 noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen und sieht die Groteske, dass 1000de von Juden aus Polen nach Russland und Deutschland, das Land, das doch vor kurzem von Adolf Hitler gefuehrt wurde, fluechten, um einer Verfolgung zu entgehen.

Wie immer der Prozess aber ausgehen mag, er darf kein Versuch

bleiben. Er muss ein auch einer spaeteren Zeit unterliegenden Rechtspruefung standhalten, um als eine Kundgebung bezeichnet zu werden, die eine schon seit langem ueberfaellig und latent schlummernde internationale Entschlossenheit den Frieden der Welt durch lebendiges Recht zu erhalten, zur Tat werden laesst. Denn im Anfang war nicht das Wort sondern die Tat.

Auf Grund meiner Ausfuehrungen unterbreite ich sohin dem hohen Kontrollrat fuer Deutschland die Bitte, das vorliegende Beweismaterial und das Urteil im Sinne meiner Ausfuehrung auf das Vorhandensein von Milderungsumstaenden fuer den Angeklagten Dr. Arthur S o y s s - I n q u a r t zu ueberpruefen und die im Urteil ausgesprochene Todesstrafe in eine lebenslaengliche oder zeitlich begrenzte Freiheitsstrafe zu verwandeln. Moegen Sie hierbei der Worte eines der groessten Dichter aller Zeiten Shakespeare eingedenk sein, der im Kaufmann von Venedig sagt:

" Die Art der Gnade weiss von keinem Zwang.
Sie traeufelt wie des Himmels milder Regen kanesen
zur Erde unter ihr;
zwiefach gesegnet:
Sie segnet den der gibt,
und den, der nimmt."

Dr. Gustav Rosenberg
Rechtsanwalt
in Wien

H2779 - 0020

H2779 - 0021

Dr. Gustav Steinbauer
Defense Counsel for
Dr. Seyss-Inquart

Nuernberg, 3 October 1946

To the

CONTROL COUNCIL FOR GERMANY,

Berlin

In the history of humanity, even among the most primitive peoples, the office of judge has always been considered a summum officium, which can be entrusted only to the hands of the wisest and most experienced among the people. Extensive knowledge, psychological understanding, and above all a deep-seated sense of justice are the essential characteristics of a good judge. The members of the International Military Tribunal in Nuernberg were such good judges, and one honestly admires the wisdom and the industry with which these men mastered the enormous material of the entire politics and economy of a major power during a quarter of a century, in order to serve the cause of justice. But no matter how extensive the material of the trial, it remains the essential task of a judge only to examine whether and to what extent the law has been violated. Your task, gentlemen, goes beyond that. You are to examine whether mercy is to take precedence over justice. When I was a schoolboy we children were told that once upon a time, when our old Kaiser had rejected a plea for mercy, a tear fell from his eye and wiped out the signature. This may have been a pious legend in order to promote dynastic sentiments in us children. I mention it in order to indicate that it is truly a kingly office, one of the imponderable attributes of a ruler, to exercise the right of mercy. Through the collapse of the Greater German Reich the sovereignty and with it the right of mercy has been transferred to you. May you exercise this office of yours, to preserve or to destroy human life by your decision, without fear of public opinion, in a truly kingly spirit. I, as defense counsel, however, pray to God that he may let me find the right words

H2779-0022

to help you in reaching your decision. I do not want to flatter you or threaten you; I only want to endeavor to lighten your task, which involves such great responsibility before history.

According to Article 26 of the Charter of the London Four-Power Agreement of 8 August 1945, the judgment of the court is final and incontrovertible. According to Article 29 you have the right to mitigate the judgment or to alter it in favor of the defendant.

In the sense of this legal regulation I shall now, retaining the juridical findings in the judgment, discuss the individual facts with the aid of the evidence, in order to give you a basis for your decision and in particular to show you once more what speaks for the defendant. Concerning count 1 of the indictment (conspiracy for aggressive war):

The charge under count 1 is conspiracy for aggressive war. Not only on the submission of the prosecution, but also according to the statement of the court in its general part, is this the most serious charge, so to speak the source of all evil. Clearing of this charge, under which the prosecution had in a certain case issued the indictment, is therefore a circumstance which cannot be without significance for the total qualification of a defendant. In the present case it must also be taken into consideration that Seyss-Inquart was in an occasional relationship scarcely paralleled by any of the other defendants. The court believes it can conclude this from the fact that Seyss-Inquart was made State Councillor on German pressure. This assumption is, incidentally, untrue. Seyss-Inquart was introduced into politics by Dr. Schuschnigg--at the request of Glaiss-Horstenau--and his appointment was effected at the suggestion of the General Secretary of the Fatherland Front, Zernatto, withthe intention of offering a counterweight to the dominating influence of the head of the illegal Nazis, Captain Leopold. It is certainly, however, of special importance for judging Seyss-Inquart, that, in spite of all the difficulties cited by Judge Francis Biddle, he did not misuse the confidential position, assigned him by Dr. Schuschnigg, for a conspiracy,

H2779 - 0023

as the court stated in clearing him of count 1. The first charge, chronologically, is the assumption of the federal chancellorship under German pressure on the evening of 11 March 1938. One can therefore conclude from this exoneration, first, that Seyss-Inquart placed special emphasis on retaining the legality of the movement, and, second, that the court ascribes so much credibility to Seyss-Inquart that it does not consider the numerous statements and extensive evidence of the prosecution sound. For these reasons his exoneration from the most serious charge is a very important circumstance for the total judgment of Seyss-Inquart.

Concerning count 2 of the indictment (crimes against peace in connection with a war of aggression):

It was not fully clear to the defense from the brief explanation of the judgment, to what the judgment of guilty on count 2 refers; it may be the fact that Seyss-Inquart under German pressure assumed the federal chancellorship and thus in opposition to the peace treaties passed the reunion law, further that on 11 March 1939 he is said to have occasioned the Slovakian leaders to declare their independence, finally that he took over an administrative function in territories occupied through aggressive war, Poland and the Netherlands.

As for Austria, the alleged facts are true. Seyss-Inquart described this in great detail and gave his motives, the maintenance of an order factor in order to secure a legal course of events and to avoid disastrous developments which could endanger peace. In fact, all the events of that time were legal, according to formal law. Federal President Miklas was not forced to resign by Party formations, but abdicated, in order not to stand in the way of developments. In this connection, however, one statement of the court in the general part of its judgment is of special importance, According to this judicial statement, Seyss-Inquart not only never sent the notorious telegram

with the request for troops to march in - politically the cardinal point of the German attack--although he was, it is known, repeatedly requested to do so, but did not even telegraph his "agreement" to Berlin; the court even believes, quite rightly, that it can state that Seyss-Inquart on 11 March after 10:00 pm urged Hitler through Keppler not to march in, but that Goering did not pass on this request to Hitler, in order not to disturb his sleep. This indicates that there was no such unfortunate support of the German entry into Austria by Seyss-Inquart, but that he only, after the troops had marched in, technically made possible a course of events which was intended to preserve peace. This fact is important, precisely from the present point of view of judgment, but I must not fail to mention the fact that for Seyss-Inquart the nationalistic motive--realization of the right of self-determination--was of course of special importance and that he believed himself in agreement with the majority of the population, as the plebiscite showed, in this certainly not ignoble motive. Here I refer to the testimony of the witness Stuckart, Doc. Book No. 4, concerning the surprising creation of the Anschluss law and the fact that the major powers and the League of Nations the notice of this fact in international law. But be that as it may. In the Kaltenbrunner case the court expressly stated in the judgment that the case of Austria was not a case of aggressive warfare, that participation in the execution of this case did not fall under count 2, because there was no actual state of war. This finding must doubtless be true for Seyss-Inquart as well.

As for the conduct of Seyss-Inquart on 11 March 1939, information is given by Documents D 571 and PS 2790, in addition to Seyss-Inquart's own testimony. In any case, after the aforesaid intervention no declaration of Slovakia's independence took place. But the extent of Seyss-Inquart's participation is important for the total participation. Both documents indicate that Keppler

H2779 - 0024

H2779 - 0025

and Buerckel were the actual instruments and that Seyss-Inquart, as he explained, was to see that the two were escorted to Bratislava. Seyss-Inquart had no part at all in the events which led to the declaration of independence of 13 March 1939. Moreover, there is no war involved in this case, either.

As for his activity in Poland and the Netherlands, however, qualitatively similar activity in the case of Frank was not qualified as a crime under count 2.

To sum up, it can be said concerning the charge under count 2 that the events in question include the qualification - aggressive war - required by the court so little that in other cases this qualification was not considered to exist and that the intention which Seyss-Inquart had was not to support the will for aggression from a third side, but to endeavor to prevent the will for aggression which had been set in motion from developing into a catastrophe which would endanger the peace.

Concerning count 3 (crimes against the rules of warfare):

It is beyond doubt that breaches of the law in the sense of count 3 of the Charter occurred, particularly the economic exploitation of the Netherlands and the employment of Netherlands workers through labor obligation for German purposes, both exceeding the provisions of the Hague Rules for Land Warfare. In both cases, however, it is important for the total judgment of Seyss-Inquart that the initiative and - as the court established in the cases of Goering and Sauckel - the orders came from Berlin. Although this does not constitute grounds for eliminating guilt or punishment, it does constitute grounds for mitigating punishment, as expressly stated in the Charter (Paragraph 8). Moreover, there is the fact that Seyss-Inquart acted on a legal opinion of the effectiveness of the Hague Rules for Land Warfare which the court has designated as false, so that the factor of subjective illegality is at least greatly weakened.

The industrial raw materials which were on hand in the Netherlands in May 1940 were taken to the Reich during the first weeks,

H2779 - 0026

through measures which were effected within the sphere of activity of the General Secretaries who had been left behind by the Netherlands government. It cannot be assumed that they would have agreed without objection to an illegal demand, but if they were under pressure, then it was a much stronger pressure than the Reich Commissar, who had just arrived and who had no extraordinary authority, could exert. Both, the Netherlands general secretaries and the Reich Commissar, faced a much stronger power, the Deputy for the Four-Year Plan. Be that as it may, Seyss-Inquart did one thing in this situation: he induced Goering to make the public promise that the Dutch would not have worse living conditions than the German people. Seyss-Inquart endeavored to keep this promise as far as possible. This is clearly shown by the von der Vense affidavit, Doc. 105, and by the exclamation of Seyss-Inquart in the transcript of the session of VIII/42 Doc. No. 82 (USSR 170).

As for the charge of forced labor, the judgment lays special emphasis on the fact that Seyss-Inquart used police to enforce it. In this connection one must consider Seyss-Inquart's uncontradicted statement that of 500,000 Netherlands workers who were employed in Germany, only 2600--that is, about ½%-- were arrested by the police and taken to the Reich. This is confirmed by the witness Hofmann, examined in the case against the SS, who states that Seyss-Inquart had forbidden the intervention of the police in questions of labor commitment. One must further remember that Seyss-Inquart objected to the demand to send 250,000 Netherlands workers to the Reich in 1944 and did not carry out the assignment, as the witness Lammers confirms, since it would not have been possible without energetic intervention of the police. The drive in the fall of 1944 to draw off the portion of the Dutch population fit for military duty was the affair of the Wehrmacht, as no one has attempted to deny.

Thus, although, according to the judgment, there are violations under count 3 in both cases, nevertheless Seyss-Inquart acted

H2779 - 0027

on orders and in the execution of these orders endeavored to avoid any excesses against humanity.

Concerning count 4 of the indictment (crimes against humanity)

According to the explanation of the judgment, two charges in particular are made against Seyss-Inquart:

1. that he had the police shoot hostages and put Dutchmen in concentration camps.

2. that he carried out the measures against the Jews, particularly in the Netherlands, especially the deportations to Auschwitz, and that in view of his position one must assume that he knew of what went on there.

To 1. The placement of the German police under Himmler in its peculiar amalgamation with the SS enjoyed an especially thorough examination during this trial. As a result it was established that Himmler in the police-SS alliance had created his own machine, completely, uninfluenced by other state agencies, which he used for the execution of a large number of the most serious excesses against humanity. This is especially true of the Gestapo and the concentration camps. On these findings was based the statement of the court that the SS and the Gestapo were criminal organizations. This part of the judgment, however, with the most far-reaching effects, must certainly bedrawn into consideration in judging the conduct of Seyss-Inquart as a whole. It is not possible on the one hand to consider the Gestapo and the SS uniformly led a criminal organization and on the other hand in territorial spheres to assign the responsibility for the activity of the police to non-police administrators. This is all the more true in the present case, as according to the results of the presentation of evidence the police organization in the occupied territories was from the beginning through the Higher SS and Police Leaders, bound still more closely to Himmler than in the Reich, Above all, however, the extensive presentation of evidence did not produce a single document or a single witness to show that Seyss-Inquart had even a single Dutchman put into a concentration camp or shot as a true hostage. He did not have the power to do so.

H2779 - 0028

Combatting the resistance and sabotage movements was exclusively under the Gestapo, the direction of concentration camps exclusively under the Economic and Administrative Main Office (WHA) of the SS. The witness Morgen in the SS case described in detail how difficult it was for an SS and police office to intervene in the concentration camps, and then a civil administrative authority is supposed to have been able to exert influence with responsibility drawing down the death penalty?

As for the shooting of hostages, the judgment itself says that Seyss-Inquart intervened with the Higher SS and Police Leader to reduce the number; this denies Seyss-Inquart's decisive influence. This is apparently the case of Rotterdam in the summer of 1942. The intervention of Seyss-Inquart at that time was, incidentally, with the Wehrmacht commander. Or the court may have been thinking of Seyss-Inquart's intervention with Himmler, after the plot against the Higher SS and Police Leader in March 1945, when Himmler wanted to have 500 Dutchmen shot as hostages. From September 1944 on, however, it was not a question of the shooting of hostages, but of the execution of those death sentences which the Higher SS and Police Leader - not on the basis of an order of the Reich Commissar but on the basis of a direct Fuehrer order of 30 July 1940, PS 835 - had to pronounce in cases of proved terror and sabotage activity. This is confirmed by all the witnesses examined on this matter in the Netherlands government report, Doc. 77, and the witness Dr. Wimmer before the Tribunal. In this connection the judgment also asserts that Seyss-Inquart had members of the clergy locked up. In the many thousand pages of court records there is only one reference to any such action, the testimony of Seyss-Inquart that he had intervened with the police to release clergymen from the concentration camps, in part successfully. Seyss-Inquart is also said to have employed Netherlands courts to have Dutchman put into concentration camps. This involves a confusion of facts. No Dutch court

H2779 - 0029

ever had instructions or authority a) to pass judgment on resistance, sabotage, or terror acts; that was exclusively a matter for the German courts; b) to pronounce a death sentence; c) to send anyone to a concentration camp. This is shown quite unmistakably by the regulation sheets of the Reich Commissar, which are in the hands of the court. In actual fact, prisoners condemned by Dutch courts under Dutch law were sent to German camps for work and were mistreated. In response to a complaint to the Amsterdam judges, Seyss-Inquart permitted a commission of Netherlands judges to visit these camps, and on the basis of their report Seyss-Inquart abolished all abuses and had the prisoners returned to the Dutch prisons. When the Leuwarden court, in spite of exoneration from blame, continued to fail to function, he pensioned the judges. This is shown by Doc. 881 F and the testimony of the witness Dr. Wimmer. Seyss-Inquart is further charged in the judgment with introducing police courts martial--this does not refer to the summary proceeding from September 1944 on, according to Fuehrer order PS 835, but to <u>real courts</u> with a trained judge, trial procedure, and a Dutch defense counsel. These police courts martial functioned only for a few days in May 1943. It speaks for the objectivity of the Dutch that they did not complain in their government report about these special courts or about the retention of politically suspect persons in camps, but only about the mistreatment on these occasions. In this connection Seyss-Inquart's responsibility should also be examined. He did not have any direct responsibility either for concentration camps or for the police prisons. Did he tolerate abuses which were known to him? I refer to the unrefuted testimony of Seyss-Inquart, of the witness Dr. Wimmer, and of the Fritsch affidavit, Doc. No. 75. Seyss-Inquart repeatedly intervened, had deaths reported to him, permitted the Dutch Red Cross to visit the prisoners, and even sent judicial commissions to the police prisons and to the concentration camps, in order to

H2779 - 0030

examine the conditions of the detention and the reasons for it. Probably a unique case in the Greater German sphere. In view of the terrible occurrences reported from the most varied districts concerning conditions in the German prisons and concentration camps, events in the Netherlands, as regrettable and worthy of condemnation as they are in themselves, must be considered the least excessive. Excesses which became known, however, were punished on the insistence of Seyss-Inquart. See the testimony of Morgen (SS case) concerning the condemnation of the camp director of Hertogenbosch. Can a charge really be raised against Seyss-Inquart for declaring publicly in a speech, as a warning, that enemies must be destroyed? As enemies he specified not those of different political opinion, but the saboteurs and terrorists. Where are such people spared in wartime? The regulations still in effect today are no more lenient. I refer for example to Regulation No. 1 of the Military Government of Germany, where in Article 1 alone 20 actions are threatened with the death penalty. But he said at the same time: We must remain humane, and not torture our enemies. PS 3430. No Dutch policeman was forced, by the arrest of members of his family, to take action against Dutchmen. See testimony of Hirschfeld, who denies this in answer to the question of the prosecutor and says that National Socialist elements in the Dutch police did this voluntarily. Further, the affidavit of Seyss-Inquart, according to which arrest of members of the family was resorted to only if policemen went over to the resistance movement with weapons, but these persons were released from custody before Christmas. The witness Hirschfeld, moreover, confirms the independence of the Higher SS and Police Leader.

In this connection the judgment brings a charge on the basis of Seyss-Inquart's activity in Poland. He participated in the beginnings of the AB drive, but only the issuing of the instructions of Governor General Frank. The witness Buehler testified to this. He stated that on his initiative the powers of the police had been limited and the inclusion of the court had been emphasized. But this concerned a regulation for the combatting of resistance movements, as is quite customary.

H2779 -0031

If the court finds in the case of Frank that extra-judicial executions took place in this drive, these were excesses in execution, with which Seyss-Inquart had nothing to do, since he was at that time no longer in Poland.

To 2) This probably is the most serious charge made against Seyss-Inquart in the judgment, particularly in view of the statement that "he knew what was happening in Auschwitz".

While in the case under 1), in view of the distribution of authority existing in the National Socialist realm, any other or more effective attitude of Seyss-Inquart could hardly have been possible, the action taken against the Jews doubtless constitutes a violation under count 4. But it must be examined how much of the responsibility in this case was Seyss-Inquart's. The Tribunal bas s its reasoning on the fact that Seyss-Inquart, at the end of his Vienna activity, had the Jews deported to the East. The measures against the Jews in Vienna are, as elsewhere in the Reich, essentially based on the November events of 1938, in particular on the Goering meeting on 12 November 1938, PS 1816. Seyss-Inquart was not present at this meeting. It was Buerckel who had taken Dr. Fischboeck with him. Buerckel claimed the leadership in the Jewish question, PS 2337, and complained that Seyss-Inquart did not want to do his share in the measures against the Jews. Doc. Exh. 67 - Seyss Inquart's activity in Vienna ended on 30 April 1939. At that time a deportation of Jews toward the East could not take place, for one thing, because at the time Germany did not possess such eastern territories!!! But later, too, according to Doc. 3398 PS, Seyss-Inquart protested against a deport tion of Jews by the Gauleiter of Vienna, with success. That is the only thing that is shown beyond doubt by this document. According to a police report, Doc. Exh. 66, however, up to May 1939 about half of the Jews in Austria were able to emigrate in an orderly manner toward the West or overseas, about 90,000 people. That this was due to the effective aid of Seyss-Inquart is shown by the Stricker Affidavit, Doc. 70. All of these people were saved from a terrible fate!!!

H2779 - 0032

As for the police and the concentration camps in Austria, Seyss-Inquart had no more influence on the police than an Oberpraesident in the Reich, and in addition Buerckel was above him. No Austrian was arrested on his orders, or even at his instigation, but on the contrary a number were released from custody, for example Federal Chancellor retired Dr. Ender. As for the comparative authority of Seyss-Inquart and Buerckel, it is shown above all that Heydrich or Buerckel had the initiative and issued instructions. In connection with the Reich Governor, all the evidence has shown only a) reluctant attitude toward Buerckel's demand for confiscation and b) continual efforts to make possible a normal emigration for Jews, etc., with great success-- not one case where Seyss-Inquart sent Jews to a concentration camp.

According to the judgment, Seyss-Inquart in Poland advocated the persecution of the Jews. What evidence is there? Nothing but a trip report, PS 2278, with a remark of the Governor of Lublin that he would send the Lublin Jews to Kirow in order to "decimate" them. Is this really beyond any doubt evidence against Seyss-Inquart?

Now the Netherlands. Here all measures were carried out exactly as they had been carried out meanwhile in the Reich. The published decrees in the hands of the tribunal show clearly that all measures affecting property were taken by Seyss-Inquart as Reich Commissar, on instructions of Goering, in whose case it was found in the judgment that he gave the order for the liquidation of Jewish property in the Reich and the occupied territories. All measures affecting personal freedom of movement, including introduction of the Jewish star and assembly in Jewish quarters, were carried out by the Higher SS and Police Leader. Certainly Seyss-Inquart not only knew of this, but also approved these measures. He explained his approval by saying that he considered these security measures necessary against the Jews as enemies of National Socialist Germany.

H2779 - 0033

The division of responsibility and authority at this period is already important, however; all measures affecting personal freedom of movement were, according to a special Fuehrer order, under the authority of Heydrich and were carried out by the German police. It is a complete inversion of the results of the presentation of evidence as well as of the findings of the court itself and the explanation of its own judgment in regard to the SS and the Gestapo, if in the case of Seyss-Inquart the Tribunal says that Seyss-Inquart on Heydrich's suggestion ordered the mass deportations. Suddenly there is no longer an Amt IVb, Eichmann, with special offices in all the occupied territories, for example von der Funte in Amsterdam. This charge of the Tribunal is quite simply untrue and is in contradiction to all the evidence and all other findings of the court. In reality, Seyss-Inquart long resisted the deportation, took measures to keep the Jews in the Netherlands, and, for example, protested against the deportation of 400 Jews to Mauthausen in March 1941.

The Tribunal concludes from his position that Seyss-Inquart knew of the extermination of Jews in Auschwitz. His position was in this respect no higher than that of any other minister or of another local supreme administrative official, that is, for example, any Gauleiter. If the court assumes ignorance in any such case, it must grant the same to Seyss-Inquart, who was stationed in the extreme West of the Reich sphere of interest and not at the center of all rumors and news in Berlin. One must consider here that Seyss-Inquart never demanded of any other supreme Reich functionary, for example, that he should take 60,000 more Jews off his hands, or received in his office reports on the extermination of the Jews in the occupied Eastern territories or knew anything of special deposits from concentration camps. There are no such presumptive indications in the case of Seyss-Inquart. But, he did not intentionally try to avoid learning anything; when deportation was unavoidable, he had the reception area investigated, and later he inquired of Hitler

H2779 - 0034

and Himmler, what was going on with the Jews! Thus, not only are the presumptive indications lacking in the case of Seyss-Inquart, but one can observe in him a certain care and concern which was not to be found elsewhere! That Seyss-Inquart, similar to the Neurath case, saved thousands from deportation is a fact established in the Netherlands government report itself. The ignorance of Seyss-Inquart, which is not remarkable but rather easily explained by his employment in the West, is no doubt explained by the presentation of the extermination operation given by the witness Morgen. But that he counted on the physical existence of at least the great majority of the Jews is shown by the fact that he did not have their confiscated property seized for the benefit of the Reich or for any other purpose.

An examination of the charges made by the Tribunal, a supplementation of them from the evidence in favor of the defendant, and a comparison with the assignment of punishment to others by the court gives the following picture:

The charge of crime under count 2 consist in fact only of Seyss-Inquart's activity, when confronted with accomplished facts, with the aim of avoiding developments which might endanger the peace. Seyss-Inquart believed that he was acting on behalf of the overwhelming majority of the Austrian population and that he was putting through the right of self-determination, which had been promised to the German people as well.

Concerning count 3. Economic exploitation and compulsory labor commitment were executed on orders from the Reich central office. Seyss-Inquart tried, in carrying out these assignments, to preserve the interests of the Dutch people, and he never employed force to an extent that would disturb peace and order.

Concerning count 4. Seyss-Inquart was not directly responsible for the shooting of hostages, police prisons, and concentration camps. Here also he exerted a moderating and correcting influence. There was no misuse of juridical facilities.

He carried out the measures against the Jews as regarded property, he consented to the personal measures in the Netherlands,

H2779 - 0035

the deportation was carried out against his suggestion. He never called it a "contribution to culture", never cursed the Jews as inferior, and manifested serious concern about the fate of the Jews.

Against the charges for the above conduct there are the following grounds, which the Tribunal has in part recognized:

Clearing of charges under count 1 has a particular significance in favor of the defendant as chief war criminal in general, but especially in the present case!

Seyss-Inquart's efforts achieved the following for the Netherlands:

Reduction of the number of shootings of hostages,

Prevention of extensive destruction of harbor installations of Rotterdam and of the territories proposed for flooding (witnesses Schwebel, v.d. Wense, Wimmer, Hirschfeld).

This must be considered as a mitigating circumstance when application for clemency is made. The gentlemen of the Control Council surely know that one quarter of the 33,000 square meters of land in the Netherlands lies below sea level. The destruction and blowing up of dams and sluices planned by Himmler and Bormann would have transformed the Netherlands, one of the thickly populated countries of the world, into a barren salt waste, and misery and distress would have been the fate of the Dutch people even after the liberation. Seyss-Inquart did this. The frustration of the "scorched earth" order was risky for Seyss-Inquart, just as much as for Speer.

Subjectively more important, however, are the agreements reached with the chief of staff of General Eisenhower, which brought the actual end of the occupation and the safeguarding of the food supply for the Dutch population. Although the general armistice followed soon thereafter, on 30 April 1945 a long period of resistance was still expected, and a 60-day armistice was offered. The conclusion of this agreement was fraught with great risk. In similar cases those responsible were shot off-hand on Bormann's instructions. The military commander-in-chief Blaskowitz feared a similar fate. Seyss-

H2779 - 0036

Inquart, however, declared that he would take all responsibility. Finally, it must not be overlooked that the biological situation of the Dutch people was extraordinarily favorable up to the middle of 1944, as the marriage, birth, and death rates prove. During this period the Dutch population passed the nine million mark. In any case, there was no loss worthy of consideration —not to mention Poland or the other eastern territories. Nor did Seyss-Inquart ever pursue plans to achieve a Germanization of the occupied territory through evacuation of the native population, etc. This is shown by the statistical material presented by the defense.

In judging the administration of the condemned man in the Netherlands, one must not overlook the fact that this was the country which had the most effective resistance against the occupying power. Although this resistance was in the beginning a passive one among the whole population, it changed later to active resistance, which in its very nature could not observe the rules of warfare and which was waged with constantly increasing violence. It would be to minimize the courage of the freedom fighters if one were to explain the measures taken against them only by the cruelty of the occupying power. It would also be an incomplete picture of the condemned man if one did not point out that he remained a man with clean hands. He never enriched himself personally, he never appropriated any of the art treasures of the country, and aside from a Fuehrer picture for his 50th birthday, he never received any gift running into the hundreds of thousands of reichsmarks. In determining his punishment, it should also be considered that he has a wife and three children to care for.

Justice Robert H. Jackson in his opening speech called the Nuernberg trial an attempt which could not be complete, and he later admitted that it was a court of the victors over the vanquished. Dr. Sheldon Glueck, a professor at Harvard University, who advised Justice Jackson on the indictment, in the book, "The Nuremberg Trial

H2779 - 0037

and Aggressive War" says that the objections of the defense, in particular against the responsibility of i dividuals for state acts and the application of an ex post facto law, are worthy of consideration. He also admits that it might perhaps have been more expeident to appoint a really international tribunal to judge the indicted Nazi criminals. This gives only the greater obligation, to exercise most conscientiously the opportunity for review given the Control Council by the Charter. If the attempt is now made to exploit the results of the trial for purposes of party politics and in popular assemblies to make an assault on the partial acquittals, this constitutes improper criticism of a tribunal of the occupying power and an insult to the judges who pronounced the judgment according to the best of their knowledge and conscience. It is also an insult to the Control Council for Germany, if the rumor is spread that pleas for mercy and applications for modification by the Control Council in the sense of Paragraph 29 of the Charter are pointless because the decisions would have to be unanimous and one power is determined to vote against them. The defense is convinced that the Control Council will most conscientiously examine the applications of the defense counsel. But, it will be the right and the duty of the defense to point out a certain inequity in the sentences, in particular the acquittal of Schacht and Papen and the sentencing of Schirach and von Neurath. The German people are still feeling too strongly the consequences of the war of aggression contribed by the Nazi criminals to find the right objectivity toward the Nuernberg trial. They see the thousands and tens of thousands who are wandering through Germany as refugees and facing a terrible winter. They think of the sad fate of the hundreds of thousands of prisoners of war who have not yet returned home and see the grotesqueness of the situation, when thousands of Jews are fleeing from Poland and Russia to Germany, the country which until recently was governed by Adolf Hitler, in order to escape persecution.

No matter what the result of the trial, it must not remain an attempt.

H2779 - 0038

It must hold up under a legal examination at a later period, in order that it may be considered a demonstration which will permit a long overdue and latent determination to preserve the peace of the world through living law to become deed. For in the beginning was not the word, but the deed.

On the basis of my statements, I thus submit to the High Control Council for Germany the request, that the evidence and the judgment may be examined in the sense of my statement for the existence of mitigating circumstances for the defendant Dr. Arthur Seyss-Inquart and that the death death sentence pronounced by the Tribunal may be commuted to life imprisonment or to a specified term of years. May you remember the words of one of the greatest poets of all time, Shakespeare, who says in The Merchant of Venice:

"The quality of mercy is not strained.
It falleth as the gentle dew from heaven
Upon the earth beneath.
It bears a twofold blessing:
It blesseth him who gives
And him who takes."

(Signed)

Dr. Gustav Steinbauer
Attorney-at-law
in Vienna.

H2779 - 0039

Dr. Gustav Steinbauer
défenseur du
Dr. Seyss-Inquart

---

au

COMITE DE CONTROLE POUR L'ALLEMAGNE

à BERLIN.

Dans toute l'histoire de l'humanité, même chez les peuples les plus primitifs, la fonction de juge fut toujours considérée comme un "summum officium" qu'on ne devait confier qu'aux hommes les plus sages et les plus expérimentés. Des connaissances étendues, des qualités de psychologue, et surtout un sens profond de la justice sont les caractéristiques essentielles d'un bon juge. Les membres du Tribunal Militaire International de Nuremberg étaient de tels bons juges, et l'on ne peut qu'admirer avec quelle sagesse et avec quel zèle ces hommes se sont attaqués à la tâche immense d'examiner toute la politique et l'économie d'une grande puissance au cours d'un quart de siècle, et cela pour servir la justice. Mais, quelle que soit l'importance des documents présentés, la tâche essentielle des juges reste toujours d'examiner si la loi fut transgressée et dans quelle mesure. Votre tâche, Messieurs, va plus loin. Vous devez voir si la grâce doit prévaloir le droit. Lorsque j'étais enfant, on nous racontait à l'école qu'un jour que notre vieil empereur avait repoussé un recours en grâce, une larme tombée de ses yeux effaça la signature. Ce devait

H2779 - 0040

Dr. Seyss-Inquart

être une pieuse légende destinée à faire naître en nous le sentiment dynastique. Je la mentionne ici pour montrer que c'est vraiment une fonction royale, un des impondérables du souverain, que d'exercer le droit de grâce. Par l'écroulement du Reich Grand-Allemand, c'est à vous qu'a été transmise la souveraineté et donc le droit de grâce. Voulez-vous, sans crainte de l'opinion du jour, exercer de façon vraiment royale la fonction, qui vous est dévolue, de conserver ou d'anéantir une vie d'homme par votre sentence ! En tant que défenseur, je prie Dieu de m'inspirer les mots qui vous convaincront.

-1-suite et fin

H2779 - 0041

Dr. SEYSS INQUART

Pour cela, je ne veux ni vous flatter, ni vous menacer, mais mon seul désir est de vous faciliter une tâche dont vous portez la responsabilité devant l'Histoire.

En vertu de l'article 26 du Statut de l'accord des quatre puissances à Londres du 8.8.45, la sentence du Tribunal est définitive et ne peut être attaquée. D'après l'article 29 , vous avez le droit d'atténuer la sentence ou de commuer la peine en faveur de l'accusé.

Dans le sens de ce règlement légal, je désire, tout en maintenant les constatations juridiques de la sentence, discuter certains faits, en m'appuyant sur les témoignages pour fournir des éléments de décision , et en particulier vous remettre en mémoire les faits qui sont en faveur de l'accusé.

Premier chef d'accusation (complot pour la préparation d'une guerre d'agression):

Le chef d'accusation No 1 traite du complot pour la préparation d'une guerre d'agression. L'accusation dans ses réquisitoires, comme le Tribunal dans la plus grande partie de la sentence, le considère comme le chef d'accusation le plus grave, pour ainsi dire la source de tout le mal. Le fait que le Tribunal n'ait pas retenu cette accusation, alors que le Ministère public l'avait portée spécialement, doit être considéré dans le jugement global porté sur l'accusé.

H2779 - 0042

Dans le cas présent, il se trouve que SEYSS INQUART, plus qu'aucun autre accusé, a été entraîné par les circonstances; le Tribunal croit pouvoir indiquer que les Allemands wxercèrent une pression sur le gouvernement pour faire nommer SEYSS INQUART conseiller d'Etat. Cette hypothèse est d'ailleurs inexacte. SEYSS INQUART fut introduit dans la vie politique par le Dr. SCHUSCHNIGG - encouragé en cela par GLAISE-HORSTENAU - et on le nomma sur la proposition du Secrétaire général du Front Patriotique, ZERNATTO, pour faire contrepoids à l'influence prédominante du chef de l'organisation nazie illégale, le capitaine LEOPOLD. Il est très important pour émettre un jugement sur SEYSS INQUART qu'en dépit de toutes les difficultés qu'a exposées le Juge FRANCIS BIDDLE, il n'ait pas utilisé le poste de confiance, auquel l'avait placé le Dr. SCHUSCHNIGG, pour organiser un complot; c'est ce qui explique que le Tribunal n'ait pas retenu le premier point de l'accusation

H2779 - 0043

Le premier chef d'accusation dans l'ordre chronologique est son accession à la Chancellerie fédérale, le soir du 11 mars 38, obtenue grâce a la pression exercée par les Allemands. On peut déduire de l'acquittement sur ce point, premièrement que SEYSS-INQUART s'était tenu strictement dans les limites de la légalité, deuxièmement, que le Tribunal accorde aux affirmations de SEYSS-INQUART assez de créance pour considérer comme non valables les assertions et les moyens de preuve nombreux apportés par l'accusation.

Pour ces raisons, le fait que le Chef d'accusation le plus grave n'ait pas été retenu contre lui est de la plus grande importance pour le jugement global de SEYSS-INQUART.

Deuxième chef d'accusation (crimes contre la paix en relation avec une guerre d'agression) :

Les brefs attendus de la condamnation ne montrent pas très clairement en quoi consiste sa culpabilité relativement au chef d'accusation N° 2 ; c'est peut être le fait que SEYSS INQUART soit devenu chancelier grâce a la pression exercée par les Allemands et que, contrairement aux traités de paix, il ait appliqué la loi de réintégration dans le Reich, qu'il ait plus tard, en mars 1939, entraîné les chefs slovaques à déclarer leur indépendance, qu'il ait enfin exercé des fonctions administratives dans des territoires occupés par une guerre d'agression en Pologne et en Hollande.

H2779 - 0044

En ce qui concerne l'Autriche, l'accusation a exposé la situation telle quelle fut. SEYSS-INQUART a décrit dans tous les détails son activité et en a donné les motifs, par exemple le maintien d'un élément d'ordre, pour assurer un développement des évènements dans les limites de la légalité et éviter des conséquences désastreuses pouvant mettre la paix en danger. En fait, tous les évènements de cette époque se déroulèrent dans le cadre de la loi. Même le Président de la Fédération Miklas ne fut pas chassé par des formations du Parti, mais démissionna, pour ne pas être un obstacle à cette évolution. A ce sujet, le Tribunal, dans la partie générale de son exposé, a établi un fait d'une très grande importance. D'après cette constatation des juges, SEYSS-INQUART, non seulement n'a jamais envoyé le télégramme tant décrié demandant l'entrée

H2779 - 0045

des troupes allemandes - c'est a dire le point crucial politique de l'agression allemande - bien que, comme on le sait, il y eut été plusieurs fois invité, mais il n'avait même pas télégraphié son "approbation" a Berlin. Et même le Tribunal croit, avec raison, pouvoir établir que SEYSS-INQUART, le 11 mars, après 10 heures du soir, faisait encore demander à HITLER, par l'intermédiaire de Keppler, de ne pas faire avancer ses troupes, mais que GOERING n'avait pas transmis cette demande a HITLER, pour ne pas troubler le sommeil de ce dernier. Il en résulte que SEYSS-INQUART n'a pas aidé l'agression allemande par des moyens cauteleux, mais que, seulement après l'entrée des troupes, il a facilité par des moyens techniques, un développement des évènements permettant de sauvegarder la paix. Cette constatation est très importante précisément au point de vue de l'appréciation actuelle mais de plus, il ne faut négliger de mentionner que, pour SEYSS-INQUART, le mobile patriotique - mise en action du droit des peuples à disposer d'eux-mêmes - avait une grande importance, et que d'après les résultats du plébiscite, il se croyait, pour ce mobile, qui ne manquait pas de noblesse, en accord avec la grosse majorité de la population. Je renvoie ici à la déclaration de Stuckart à la barre des témoins, livre de documents N° 4, à propos de la promulgation extrêmement rapide de la loi d'incorporation au Reich et du fait

H2779 - 0046

que les grandes puissances et la Société des Nations avaient pris acte de ce fait de droit international. Quoi qu'il en soit, dans le cas de KALTENBRUNNER, le Tribunal a établi que le cas de l'Autriche n'était pas un cas de guerre d'agression, par conséquent la participation à cette action ne tombe pas sous le coup du chef d'accusation N° 2, puisqu'il n'y a pas d'action belliqueuse effective. Cette affirmation doit être valable également dans le cas de SEYSS-INQUART.

En ce qui concerne l'attitude de SEYSS-INQUART, le 11.3.39, nous sommes renseignés, en dehors de la déclaration de SEYSS-INQUART lui-même, par les documents D 571 et PS 2790. En tout cas, ce n'est pas l'intervention citée qui a provoqué la déclaration d'indépendance de la Slovaquie. Cependant, pour juger la participation de SEYSS-INQUART à l'ensemble de l'activité des nazis, il est important de voir quelle fut sa participation à cette affaire.

H2779 - 0047

Il résulte de ces deux documents que Keppler et Buerckel ont été les agents d'exécution et que SEYSS-INQUART - comme celui-ci l'a déclaré - était chargé de les faire escorter jusqu'à Presbourg. SEYSS-INQUART ne s'est pas trouvé mêlé aux évènements qui ont conduit a la déclaration d'indépendance du 13.3.39. D'ailleurs, ici encore, il ne s'agit pas de guerre.

Mais, en ce qui concerne l'activité exercée par SEYSS INQUART en Pologne et en Hollande, il est a remarquer que, dans le cas FRANK, on n'a pas retenu le chef d'accusation N° 2 pour une activité de même espèce et de même importance.

Relativement au chef d'accusation N° 2, on peut dire en résumé que les évènements en question correspondent si peu à la précision - guerre d'agression - exigée du Tribunal que, dans d'autres cas, elle n'a pas été prise en considération et que d'ailleurs l'intention de SEYSS-INQUART n'était pas de soutenir la volonté d'agression d'un tiers, mais d'empêcher que cette volonté d'agression, une fois mise en mouvement n'étende ses aspirations jusqu'a provoquer une catastrophe qui mette en danger la paix.

Chef d'accusation N° 3 (crimes de guerre) :

Il est hors de doute que des violations du droit dans le sens du point 3 du Statut ont été commises. Il s'agit surtout dans ce cas de l'exploitation économique de la Hollande et de l'emploi de main d'oeuvre hollandaise pour travailler

H2779 - 0048

pour l'Allemagne, par le travail obligatoire, ce qui est contraire aux dispositions de la Convention de La Haye, concernant la guerre sur terre. Dans les deux cas, cependant, il est important pour l'appréciation générale de SEYSS-INQUART, de voir que l'initiative et l'ordre émanaient de Berlin - comme le Tribunal l'a établi à propos des cas GOERING et SAUCKEL. Ceci n'est ni un fait justificatif, ni une excuse absolutoire, mais c'est en tout cas une circonstance atténuante indiquée expressément dans le Statut (paragraphe 8). En outre, SEYSS INQUART croyait, d'un point de vue de droit considéré comme faux par le Tribunal, agir dans un domaine indépendant des conventions de La Haye, ce qui, du moins, diminue subjectivement, l'illégalité de son activité.

Les matières premières qui étaient stockées en Hollande en mai 1940, furent envoyées dans le Reich dès les premières semaines, par des mesures qui étaient du ressort des secrétaires généraux, restés après le départ du gouvernement hollandais.

H2779 - 0049

On ne peut pas croire que ceux-ci se soient immédiatement pliés a des prétentions illégales, s'ils n'avaient pas subi une pression certainement beaucoup plus lourde que celle que pouvait exercer le commissaire du Reich qui venait d'arriver et ne disposait d'aucune autorité particulière. Le Commissaire du Reich tout comme les secrétaires généraux se heurtaient a une puissance de beaucoup supérieure, le Délégué pour le plan de quatre ans. Toujours est-il que SEYSS-INQUART dans cette situation a fait ce qui était en son pouvoir : il a demandé à GOERING de promettre publiquement que la Hollande n'aurait pas de conditions de vie inférieures a celles du peuple allemand. SEYSS-INQUART s'est efforcé de tenir cette promesse dans la mesure du possible. On le voit nettement dans l'affidavit von der Wense doc. 105 et dans l'interpellation de SEYSS-INQUART dans le compte rendu de la séance de VIII/42, doc. N° 82 (URSS 170).

Pour l'accusation relative au travail forcé, le jugement insiste spécialement sur le fait que SEYSS-INQUART a employé des forces de police pour faire exécuter ces mesures. A ce sujet, on doit prendre en considération la déclaration de SEYSS INQUART, qui n'a pas été contredite, selon laquelle sur les 500.000 ouvriers hollandais employés dans le Reich, 2.600 seulement, c'est a dire 1/2 % à peu près, ont été emprisonnés et emmenés dans le Reich par la police. Ceci est attesté par

H2779 – 0050

Hofmann, qui a été entendu comme témoin au cours de la procédure engagée contre la SS ; il déclare que SEYSS-INQUART avait interdit a la police d'intervenir dans les questions relatives au travail. Il faut encore mentionner qu'en 1944, SEYSS-INQUART a repoussé une demande de 250.000 travailleurs hollandais pour le Reich et n'a pas exécuté cet ordre, comme l'a attesté Lammers à la barre des témoins, parce qu'il n'était pas possible de le faire sans une intervention énergique de la police. L'action organisée pendant l'automne 1944 pour emmener tous les Hollandais mobilisables fut sans conteste l'oeuvre de la Wehrmacht.

H2779 - 0051

Si dans les deux cas, d'après les faits établis par le jugement, il y a eu délit relativement au chef d'accusation No.3, SEYSS-INQUART n'agissait que sur ordre et exécutait toujours ces ordres avec l'intention de n'en jamais venir à des excès contre l'humanité.

Chef d'accusation No.4 (crimes contre l'humanité) :

D'après les attendus du jugement, deux chefs d'accusation sont retenus principalement contre SEYSS-INQUART:

1. Il aurait fait fusiller des otages par la police et enfermer des Hollandais dans des camps de concentration.

2. Il aurait pris des mesures contre les Juifs, en particulier en Hollande; il aurait surtout fait faire des déportations à Auschwitz, et, en raison de sa situation, il devait savoir comment les choses s'y passaient.

1er point. On a fait au cours de ce procès un examen approfondi de la situation de la police allemande, au point de vue de sa fusion avec la SS sous le commandement de HIMMLER. On a ainsi établi que HIMMLER s'était créé, par l'union de la police et de la SS, un instrument personnel, complètement indépendant de tous les autres services de l'Etat, et par lequel il fit exécuter un grand nombre de crimes graves contre l'humanité. Ceci est valable en particulier pour la Gestapo et les camps de concentration. C'est en raison de ces résultats que

H2779 -0052

Dr SEYSS-INQUART

le Tribunal a déclaré la SS et la Gestapo organisations criminelles. Cette partie de la sentence avec ses lointaines répercussions doit sans doute être considérée pour juger dans son ensemble l'attitude de SEYSS-INQUART. Cependant il ne convient pas, d'une part de considérer la Gestapo et la SS comme une organisation criminelle à direction unique, et d'autre part, dans l'ordre territorial, de rendre les fonctionnaires qui n'étaient pas de la police responsables de l'activité de celle-ci. C'est d'autant plus vrai dans le cas présent que les dépositions ont prouvé que l'organisation de la police dans les territoires occupés, par l'intermédiaire des chefs supérieurs de la SS et de la police, se trouvait reliée à HIMMLER encore plus directement que dans le Reich. Et surtout, cette vaste procédure n'a pu produire ni un seul document, ni un seul témoin qui put prouver que SEYSS-INQUART ait fait enfermer un seul Hollandais dans un camp de concentration ou qu'il ait fait fusiller des personnes à titre d'otages. Il n'en avait d'ailleurs pas le pouvoir.

H2779 - 0053

Dr. Seyss Inquart

La lutte contre les mouvements de résistance et de sabotage était uniquement du ressort de la Gestapo, la direction des camps de concentration était uniquement de la compétence du Bureau principal d'Economie et d'Administration des SS. Le témoin MORGEN, dans la partie du procès concernant les SS, a décrit d'une façon détaillée combien il était difficile à un autre service de la SS et de la Police de s'immiscer dans les camps de concentration et l'on prétendrait néanmoins qu'une autorité de l'administration civile aurait pu exercer une influence telle que sa responsabilité aurait pu entrainer jusqu'à la peine de mort ?

En ce qui concerne les exécutions d'otages, le Jugement lui-même dit que Seyss-Inquart était intervenu auprès du Chef supérieur des SS et de la Police dans le sens d'une réduction de leur nombre, ce qui déjà contredit l'influence décisive de Seyss-Inquart. Il s'agit ici sans doute du cas de Rotterdam dans l'été de 1942. L'intervention de Seyss-Inquart à cette époque s'exerça d'ailleurs auprès du Commandant de la Wehrmacht. Il est possible aussi que le Tribunal ait également pensé à l'intervention de Seyss-Inquart auprès de Himmler après l'attentat contre le Chef supérieur de la SS et de la Police, au mois de mars 1945, lorsque celui-ci voulait faire fusiller 500 hollandais comme otages. A cette époque à partir de septembre 1944, il ne s'agissait nullement d'exécution d'otages,

H2779 - 0054

mais seulement d'exécutions des sentences de mort que le chef supérieur des SS et de la Police avait à prononcer non pas à la suite d'une ordonnance du Commissaire du Reich, mais à la suite d'un ordre direct du Fuehrer du 30. 7. 40 PS 835 - comme conséquence d'actes prouvés de terrorisme et de sabotage. Ceci a été confirmé par tous les témoins interrogés sur cette question et figurant dans le compte-rendu du Gouvernement néerlandais, document 77, ainsi que par le témoin Dr. Wimmer devant le Tribunal. A ce sujet, le jugement prétend aussi que Seyss-Inquart aurait fait incarcérer des ecclésiastiques. Dans les nombreux milliers de pages qui composent les documents du Tribunal on ne trouve qu'une seule allusion à une pareille activité à savoir, des déclarations de Seyss-Inquart d'après lesquelles il serait intervenu auprès de la Police pour que des ecclésiastiques soient libérés des camps de concentration et cette démarche a partiellement abouti. Seyss-Inquart aurait aussi, dit-on, utilisé les Tribunaux néerlandais pour faire incarcérer des sujets hollandais dans des camps de concentration. Il est évident qu'il y a ici une confusion dans les faits. Aucun Tribunal

H2779 -0055

hollandais n'a jamais eu la mission ou le pouvoir a) de juger des actes de terrorisme, de sabotage ou de résistence, ce qui était exclusivement la tâche des tribunaux allemands b) de prononcer la peine de mort c) d'envoyer qui que ce soit dans un camp de concentration. Cela ressort clairement de la collection du Bulletin des Ordonnances du Commissaire du Reich qui a été présentée au Tribunal. Effectivement les tribunaux hollandais s'emparèrent de détenus jugés d'après les lois hollandaises, et qui se trouvaient dans des pénitenciers hollandais, les transférèrent dans des camps allemands de travail où ils furent maltraités. Sur une plainte des juges d'Amsterdam, SEYSS INQUART autorisa une Commission de Juges hollandais à visiter ses camps et à la suite du rapport qui lui fut fait, SEYSS INQUART fit cesser toutes ces exactions et fit ramener les détenus dans les prisons hollandaises. Lorsque le Tribunal de Leuwarden, bien qu'on eut porté remède aux plaintes ne continua plus à fonctionner, il fit mettre les juges à la retraite. Ceci ressort du document 881 F et des déclarations du témoin Dr. WIMMER. Dans le jugement on reproche en outre à SEYSS INQUART la création de Tribunaux de Police d'exception. Il ne s'agit pas ici de la procédure sommaire appliquée à partir de septembre 1944 selon l'ordre du Führer PS 835, mais de <u>véritables tribunaux</u> avec un juge de carrière, une procédure et l'appui d'

H2779 - 0056

un défenseur également hollandais. Ces tribunaux de Police d'exception n'ont fonctionné que 10 jours environ en mai 1943. C'est tout à l'honneur de l'objectivité des hollandais, si ceux-ci dans leur rapport gouvernemental ne prennent position ni contre ces tribunaux d'exception, ni contre le maintien de suspects politiques dans les camps, mais simplement contre le traitement cruel infligé à ces occasions. Il y a lieu à ce sujet d'étudier également la responsabilité de SEYSS-INQUART . Il n'avait pas de responsabilité directe ni pour les camps de concentration, ni pour les prisons de la Police. A-t-il toléré les méfaits qu'il a connus ? Je me réfère ici aux déclarations non réfutées de SEYSS INQUART reproduites par le témoin Dr. WIMMER et figurant dans l'affidavit FRITZSCHE No 75. SEYSS INQUART est intervenu à plusieurs reprises, a demandé des rapports sur des cas de mortalité, a autorisé la Croix Rouge hollandaise à visiter les détenus et a même envoyé des Commissions judiciaires dans les prisons de Police et les camps de concentration pour

H2779 - 0057

connaitre les conditions de la détention et les motifs de celle-ci. Fait probablement unique dans la sphère grand-allemande ! Eu égard aux événements monstrueux qui furent rapportés dans les régions les plus diverses au sujet des conditions de vie dans les prisons et les camps de concentration allemands, les faits qui se sont passés en Hollande, si regrettables et condamnables soient-ils, devraient être considérés comme les moins excessifs. Les exactions dont on eut connaissance furent cependant punies sur la demande expresse de Seyss-Inquart. Cf. les déclarations de Morgen (Procédure des SS) relatives à la condamnation du chef de camp de Bois le Duc. Peut-on vraiment reprocher à Seyss-Inquart d'avoir dans un discours, déclaré publiquement, comme avertissement que les adversaires devaient être anéantis ? Par adversaires, il n'entendait pas ceux qui avaient des opinions politiques différentes des siennes, mais bien les saboteurs et les terroristes. Où donc ménage-t-on ceux-ci dans une guerre ? Les prescriptions aujourd'hui encore en vigueur ne sont pas plus douces. Je me contente de me référer par exemple à l'ordonnance No 1 du Gouvernement militaire de l'Allemagne dont l'Article 1 à lui seul menace de mort les auteurs de 20 actes différents. Il affirmait en même temps : et il nous faut rester humains et ne pas tourmenter notre adversaire (PS 3430). Aucun policier hollandais n'était obligé d'intervenir contre des sujets hollandais en arrêtant la famille de ces derniers. Voir

H2779 - 0058

les déclarations de Hirschfeld qui interrogé par l'accusation a répondu négativement et dit : les éléments nationaux-socialistes dans la police hollandaise le faisaient volontairement. Voir, en outre, l'affidavit de Seyss Inquart, d'après lequel la famille n'était arrêtée que dans le cas où les policiers passaient à la Résistance avec leurs armes, mais la mise en liberté eut lieu avant Noel. Le témoin Hirschfeld confirme en outre l'autonomie du Chef principal du SS et de la Police.

A ce sujet, le jugement reproche encore à Seyss-Inquart son activité en Pologne. Il a collaboré au début de la fameuse opération AB, mais n'a fait que transmettre l'instruction du Gouverneur General Frank. Le témoin Bühler a déposé à ce sujet. Il a constaté que, sur son initiative, les pouvoirs de la police furent limités et l'intervention du tribunal soulignée. Mais il s'agit là d'un arrêté sur la lutte contre les mouvements de résistance, comme c'est l'usage absolu.

H2779 - 0059

Dr. Seyss-Inquart

Si le Tribunal dans le cas de Frank a constaté qu'il y avait eu, au cours de cette opération, des mises à mort extra-judiciaires ce furent là des excès dans l'exécution, avec lesquels Seyss-Inquart n'avait rien à faire puisqu'il n'était plus alors en Pologne.

ad 2.)Voilà bien le grief le plus important fait à Seyss-Inquart dans le Jugement, surtout en considérant qu'il "a su ce qui se passait à Auschwitz". Alors que dans le cas ad 1.) avec la répartition des forces dans le rayon d'action national-socialiste une attitude différente ou disons plutôt efficace de Seyss-Inquart eut été à peine possible, il est incontestable que l'action contre les Juifs constitue une infraction suivant le point IV. Il faut cependant étudier quelle est la mesure de la responsabilité de Seyss-Inquart, dans le cas considéré. Le tribunal part du point de vue que Seyss-Inquart vers la fin de son activité à Vienne a demandé la déportation des Juifs vers l'Est. Les mesures prises contre les Juifs à Vienne proviennent, comme dans tout le Reich, des évènements de novembre 1938, particulièrement de la séance Goering du 8 novembre (38 PS 1816).

Seyss-Inquart n'était nullement présent à cette séance, mais Buerkel y assistait et il avait pris avec lui le Dr. Fischboeck. Buerckel réclama la direction dans la question juive (PS 2237) et se plaignit de ce que Seyss-Inquart ne voulait pas coopérer aux mesures contre les Juifs. (Doc. Pièce 67). Les fonctions:

H2779 - 0060

de Seyss-Inquart à Vienne cessèrent le 30 avril 1939. Il ne pouvait y avoir à cette époque une déportation de Juifs vers l'Est, car à ce moment-là il n'y avait pas de territoires de l'Est occupés par l'Allemagne!! Mais plus tard, (voir document PS 3398), Seyss-Inquart a protesté, et avec succès contre une déportation de Juifs par le Gauleiter de Vienne. C'est la seule chose hors de doute qui se dégage, comme fait, de ce document. D'après le rapport de police, Pièce 66, la moitié environ des Juifs, environ 90.000 personnes, qui se trouvaient en Autriche purent émigrer régulièrement vers l'Ouest ou outremer. Que ceci est dû au concours actif de Seyss-Inquart ressort de l'affidavit Stricker, Pièce 70. Un sort cruel fut ainsi épargné à tous ces êtreshumains!!

H2779 - 0061

Dr Seyss-Inquart

En ce qui concerne les camps de concentration et de police en Autriche, Seyss-Inquart n'avait pas plus d'influence sur la police qu'un Gouverneur de province dans le Reich, en outre il avait placé Buerckel encore au dessus de lui. Aucun Autrichien ne fut arrêté sur son ordre, même pas sur son instigation; il en fit libérer au contraire toute une série, par exemple le Chancelier fédéral en retraite Dr. Ender. Concernant la compétence respective de Seyss-Inquart et de Buerckel, il est démontré surtout que Heydrich ou Buerckel avait l'initiative et a donné des ordres. Quant aux fonctions de Statthalter du Reich, toutes les preuves présentées n'ont démontré que a) son attitude hésitante vis-à-vis des exigences de Buerckel au sujet de la confiscation, et aussi b) ses efforts constants qui d'ailleurs eurent beaucoup de succès, pour rendre possible aux Juifs une émigration normale, mais il n'y a pas un cas où Seyss-Inquart ait envoyé des Juifs dans un camp de concentration.

Le jugement dit que Seyss-Inquart est intervenu en Pologne pour la persécution des Juifs; Quelle preuve y en a-t-il ? Rien qu'un rapport de voyage (PS 2278) avec une remarque du gouverneur de Lublin disant qu'il voulait envoyer les Juifs de Lublin à Kirow, afin de les "décimer". Mais il n'y a aucune indication de l'attitude de Seyss-Inquart envers cette observation. Cela constitue-t-il un élément indubitable à la charge de Seyss-Inquart ?

H2779 - 0062

Dr. Seyss-Inquart

Passons aux Pays-Bas. Ici toutes les mesures furent exécutées exactement comme elles l'avaient été entretemps dans le Reich. Il ressort clairement des Bulletins des ordonnances versés au Tribunal que toutes les mesures affectant le droit de propriété ont été exécutées par Seyss-Inquart comme Commissaire du Reich, et d'ailleurs sur les indications de Goering, dans le cas duquel le jugement établit que c'est lui, Goering, qui a donné l'ordre de liquider les biens des Juifs dans le Reich et dans les territoires occupés. Toutes les mesures portant atteinte à la liberté individuelle, y compris l'introduction de l'Etoile de David et le rassemblement dans des ghettos, furent mises en pratique par le chef supérieur des SS et de la Police. Il est vrai que Seyss-Inquart a non seulement connu ces mesures, mais qu'il y a également donné son assentiment. Il fonde son assentiment sur le fait qu'il considérait les Juifs comme les ennemis de l'Allemagne national-socialiste et qu'il estimait que ces mesures étaient des mesures de sécurité nécessaires.

H2779 - 0063

Seyss-Inquart

Mais il est aussi très important, que déjà à cette période la responsabilité pour la délimitation des compétences et toutes les mesures concernant la liberté personnelle étaient du ressort de Heydrich, en vertu d'un ordre spécial du Führer, et ces mesures étaient appliquées par la police allemande. C'est un renversement complet des témoignages ainsi que des constatations du Tribunal lui-même et des motifs de son arrêt concernant les SS et la Gestapo, si le Tribunal dit dans le cas de Seyss-Inquart, que celui-ci aurait, sur la proposition de Heydrich, ordonné les déportations en masse. Tout d'un coup, il n'y a plus de Amt IV b, ni d'Eichmann avec des bureaux spéciaux dans tous les territoires occupés, par exemple von der Funk à Amsterdam. Cette constatation accablante du Tribunal est tout simplement fausse et contredit toutes les preuves produites et toutes les autres constatations juridiques. En réalité Seyss-Inquart s'est longtemps dressé contre les déportations, il a pris des mesures pour garder les Juifs aux Pays-Bas et, pour citer un exemple, il protesta formellement contre l'envoi à Mauthausen de 400 Juifs au mois de mars 1941.

Que Seyss-Inquart ait dû être au courant de l'anéantissement des Juifs à Auschwitz est une conclusion que le Tribunal tire du poste qu'il occupait. A cet égard, sa position n'était en rien plus impor-

H2779 - 0064

tante que celle de n'importe quel autre ministre ou celle d'un autre fonctionnaire supérieur de l'administration locale, d'un Gauleiter quelconque, par exemple. Si le tribunal admet l'ignorance dans un autre cas comparable quelconque, il doit évidemment faire la même concession à Seyss-Inquart qui se trouvait à l'extrême Ouest de la zone d'occupation allemande et non pas à Berlin, qui était le centre où couraient tous les bruits et nouvelles. Ici on doit tenir compte de ce que Seyss-Inquart n'a jamais, par exemple, demandé à un autre haut fonctionnaire du Reich de lui prendre encore 60.000 Juifs, ou qu'il n'a jamais reçu à son service des rapports sur l'anéantissement des Juifs dans les territoires occupés de l'Est, ou qu'il n'a rien su de dépôts spécieux provenant de camps de concentration. Toutes ces présomptions manquent dans le cas de Seyss-Inquart. Mais ce n'est pas parce qu'il avait l'intention de ne rien savoir; lorsque la déportation était inévitable, il faisait vérifier la destination prévue, plus tard il s'enquit auprès de Hitler et de Himmler pour savoir ce qu'on faisait des Juifs.

H2779 - 0065

Seyss-Inquart

Ainsi, dans le cas de Seyss-Inquart non seulement les éléments de présomption font défaut, mais on peut encore constater chez lui un certain souci et un désir d'être informé qui ne se rencontraient pas ailleurs ! Que Seyss-Inquart, comme dans le cas de von Neurath, ait exempté des milliers de gens de la déportation est un fait que l'on peut contrôler d'après le rapport du gouvernement néerlandais lui-même. L'ignorance de Seyss-Inquart, pas plus remarquable, mais plus facile à expliquer par son emploi à l'Ouest, a bien été expliquée par le témoin Morgen dans sa description de l'opération d'anéantissement. Mais qu'il croyait à l'existence réelle d'au moins la grande majorité des Juifs, c'est un fait qui découle de ce qu'il ne fit pas employer au profit du Reich ou dans un autre but leur propriété réquisitionnée.

Un examen des éléments à charge retenus par le Tribunal, complété par une comparaison avec les témoignages, à la décharge de l'accusé, ainsi qu'une comparaison avec les autres peines déterminées par le Tribunal, donnent le résultat suivant :

L'accusation d'avoir commis un crime visé selon le deuxième chef ne découle en somme que d'actes commis par Seyss-Inquart après des faits accomplis, dans le but d'éviter des suites qui pouvaient mettre la paix en péril. Seyss-Inquart croyait aussi agir selon la pensée de l'immense majorité du peuple autri-

H2779 - 0066

chien et qu'il appliquait le droit de disposer de lui-même qui avait été promis aussi au peuple allemand.

Troisième chef d'accusation. L'exploitation économique et le travail obligatoire eurent lieu sur l'ordre de l'administration centrale du Reich. En exécutant ces directives, Seyss-Inquart pensait protéger les intérêts des Néerlandais et ne fit jamais usage de la force brutale sur une échelle qui porterait atteinte à l'ordre établi.

Quatrième chef. Seyss-Inquart n'était pas directement responsable des exécutions d'otages, des prisons de la police et des camps de concentration. Dans ce domaine également, il a agi dans le sens de la modération et de l'amélioration. Il n'y eut pas d'usage abusif des organisations judiciaires.

Il exécuta les mesures contre les Juifs dans le domaine du droit de propriété; il donna son consentement aux mesures affectant la personne individuelle dans les Pays-Bas, mais la déportation se fit contre ses recommandations.

H2779 -0067

Il n'a jamais qualifié la déportation d'"apport à la culture", il n'a jamais insulté les Juifs en les traitant d'êtres inférieurs et il a fait connaitre au grand jour son vif souci du sort des Juifs.

Contre les charges découlant des circonstances ci-dessus, il y a lieu de faire état des motifs suivants, que le Tribunal a déjà admis en partie.

L'acquittement quant au premier chef d'accusation est important d'une facon générale pour tout grand criminel de guerre , mais il revêt de plus une importance particulière favorable à l'accusé, dans le cas suivant.

C'est grâce à l'intervention de SEYSS INQUART que l'on doit, dans les Pays-Bas:

La réduction du nombre des exécutions d'otages,

L'empêchement de nombreuses destructions des installations du port de Rotterdam et d'autres dans les régions prévues pour l'inondation (témoins SCHEWEBEL, v.d. WENSE WIMMER, HIRSCHEFELD).

Ces faits doivent sûrement être regardés comme circonstances atténuantes par l'autorité compétente pour une mesure de grâce. Les membres de la Commission de Contrôle savent certainement que sur les 33.000 km^2 que comptent les Pays-Bas, un quart se trouve au-dessous du niveau de la mer. La destruction des digues et des écluses que HIMMLER et BORMANN projetaient de faire sauter, aurait transformé les Pays Bas , un pays dont la population est

H2779 -0068

parmi les plus denses du monde entier, en désert salé, et la disette et la misère auraient été le sort des Pays Bas même après la libération. Voilà ce qu'a fait SEYSS INQUART. Interdire l'application du decret de la "terre brulée" était plein de risque pour SEYSS INQUART tout comme il le fut pour SPEER.

Subjectivement, ce qui était encore plus important, c'était les accords passés avec le Chef d'Etat-major du général EISENHOWER qui mirent reellement fin à l'occupation et qui garantirent le ravitaillement de la population néerlandaise.

Bien que l'armistice général dut bientot s'ensuivre on s'attendait encore le 30 avril 1945, à une résistance prolongée et on offrait un armistice de 60 jours. La conclusion de cet accord présentait un bien grand risque car dans des cas comparables les responsables furent sommairement fusillés sur l'ordre de BORMANN. Le commandant en chef BLASKOWITZ, craignait quelque chose de semblable.

H2779 - 0069

SEYSS INQUART déclara néanmoins assumer toute la responsabilité. Enfin on ne doit pas perdre de vue que l'état démographique du peuple néerlandais vers le milieu de 1944 était des plus favorables, ainsi que le démontrent les nombres de mariages, des naissances et des décès. A cette époque la population néerlandaise dépassa le chiffre de 9 millions. En tout cas il n'y eut pas de pertes sérieuses -sans parler de la Pologne ou des autres territoires de l'Est. De plus, SEYSS INQUART ne poursuivit jamais des plans pour germaniser les territoires occupés, par l'évacuation de la population autochtone etc... Ceci ressort des statistiques déposées par la défense.

En jugeant la gestion de l'accusé aux Pays Bas, on ne doit de toute façon pas perdre de vue que ce pays était le pays où se fit la resistance la plus efficace contre la puissance de l'envahisseur. Si, au début, cette résistance était une résistance passive de toute la population plus tard elle passa à la résistance active qui, par sa nature même, ne puuvait pas rester dans le cadre des lois de la guerre et qui fut conduite avec une âpreté toujours grandissante. Ce serait amoindrir la bravoure des gens qui se battent pour la liberté que d'expliquer la façon dont on les combattait en parlant seulement de la cruauté des forces occupantes.

Ce serait aussi peindre une image insuffisante de l'accusé si l'on ne faisait aussi remarquer, que c'est un

H2779 -0070

homme qui a conservé des mains propres. Il ne s'est jamais enrichi personnellement, il ne s'est approprié aucun des riches trésors artistiques du pays et, à part un portrait du Führer à l'occasion de son 50ème anniversaire, il ne reçut pas de dotation d'honneur atteignant 100.000 RM. En évaluant sa peine, on ne doit pas non plus oublier qu'il a à sa charge sa femme et trois enfants.

Le Procureur Général Jackson, dans son discours d'ouverture, a défini le procès de Nuremberg comme un essai qui ne pouvait être complet, et plus tard il a admis qu'il s'agissait d'un tribunal où les vainqueurs jugeaient les vaincus. Le Dr. Sheldon GLUECK, Professeur à l'Université de Harvard, qui conseilla le procureur Général Jackson lors de la préparation de l'accusation, dans son livre "The Nuremberg Trial and Aggressive War",

H2779 - 0071

a dit que les objections de la défense, surtout au sujet de la responsabilité des individus pour leurs actes d'Etat et au sujet de l'application d'une loi "ex-post-facto", devaient être prises très sérieusement en considération. Il admet également qu'il aurait peut être été plus approprié d'établir un véritable Tribunal International pour juger les criminels nazis accusés. Cela ne fait que créer un devoir encore plus grand, celui d'exercer de la façon la plus consciencieuse la possibilité de révision en faveur de l'accusé, possibilité accordée au Comité de Contrôle par le Statut. Si maintenant on essaie d'utiliser le résultat du procès dans des buts de politique de parti et de protester dans des réunions populaires contre les acquittements partiels, cela constitue une critique inadmissible d'un Tribunal de la puissance occupante et un outrage aux magistrats qui ont rendu l'arrêt au mieux de leur âme et conscience. C'est aussi un outrage au Comité de Contrôle pour l'Allemagne si le bruit se répand que des recours en grâce et des requêtes en changement de peine, adressés au Comité de Contrôle, dans le sens du paragraphe 29 du Statut, sont sans objet, parce que les décisions doivent être unanimes et qu'une puissance serait résolue à voter contre. La défense est convaincue que le Comité de Contrôle examinera les requêtes des défenseurs de la façon la plus consciencieuse. Mais c'est un droit de la défense conforme au devoir, d'atti-

H2779 - 0072

rer l'attention sur une certaine inégalité dans la gradation des peines, surtout sur l'acquittement de SCHACHT et de von PAPEN, ainsi que la gradation des peines de von SCHIRACH et de von NEURATH. Le peuple allemand se trouve encore trop sous le coup des suites de la guerre d'agression ourdie par les criminels nazis pour voir le procès de Nuremberg avec la vraie perspective. Il voit des milliers et des dizaines de milliers de réfugiés errer à travers l'Allemagne, à l'approche d'un hiver terrible. Il pense au triste sort des centaines de milliers de prisonniers de guerre qui n'ont pas encore réintégré leurs foyers, et voit le spectacle grotesque de milliers de Juifs fuir de la Pologne vers la Russie et l'Allemagne, vers le pays qui fut pourtant gouverné il y a peu de temps par Adolf HITLER, pour échapper à la persécution.

H2779 -0073

Seyss-Inquart

Quelle que soit l'issue finale du procès, celui-ci ne doit pas être qu'un essai. Il doit pouvoir résister à l'épreuve de débats juridiques dans les temps à venir, pour pouvoir être défini comme une manifestation qui transforme en action une résolution internationale qui, en retard depuis longtemps déjà, sommeillait à l'état latent, la résolution de maintenir la paix du monde par le moyen d'un droit vivant. Car dans le commencement il n'y eut pas le Verbe, mais l'Acte. Pour les motifs ci-dessus exposés, je prie, par la présente requête, le Haut Comité de Contrôle pour l'Allemagne de revoir l'ensemble des preuves produites ainsi que l'arrêt, dans le sens de mes conclusions quant à l'existence de circonstances atténuantes pour l'accusé, Dr Artur Seyss-Inquart et de réduire la sentence de mort prononcée dans l'arrêt en une peine d'emprisonnement à vie ou à temps. Puissiez-vous vous souvenir en cette occasion des paroles d'un des plus grands poètes de tous les temps, Shakespeare, qui dit dans le "Marchand de Venise" :

"La qualité de la miséricorde ne connait pas de contrainte

"Elle tombe comme la douce pluie du ciel

"Sur la terre sous elle;

"Elle est doublement bénie:

H2779 -0074

SEMSS - INQUART

"Elle bénit celui qui do ne

"Et celui qui reçoit."

Signature illisible

Dr. Gustav Steinbauer
Avocat Vienne

Je soussigné, Pierre LHERMITTE, certifie connaitre parfaitement la langue allemande et la langue française et atteste que le texte ci-dessus est la traduction sincère et correcte de ce document.

le 8 Octobre 1946

Le chef de la Section VI

Pierre LHERMITTE.

Д-р Густав Штейнбауер
Защитник
Д-ра Зейсс-Инкварта

Нюрнберг, 3.10.1946 г.

В КОНТРОЛЬНЫЙ СОВЕТ ГЕРМАНИИ

Б Е Р Л И Н

В истории человечества всегда, даже у самых первобытных народов, должность судьи считалась summum officium , которая поручалась самому мудрому и опытному человеку народа. Обширные знания, психологическое понимание и прежде всего глубоко укоренившееся сознание справедливости являются существенными чертами хорошего судьи. Члены Международного Военного Трибунала в Нюрнберге оказались такими хорошими судьями, и можно искренно восхищаться, с какой мудростью и старанием эти люди, во служение справедливости, изучили огромный материал всей политики и экономики великой державы за период четверти столетия. Но каким бы обширным ни был материал процесса, существенной задачей судьи остается проверить, был ли нарушен закон, и на сколько. Ваша задача, Господа, еще выше этого Вы должны проверить, не должна ли стоять милость выше права. Когда я мальчиком ходил в школу, нам, детям, рассказывали, как однажды, когда нам старый Кайзер отклонил ходатайство о помиловании, он проронил слезу, которая стерла подпись. Быть может, это была только добродетельная легенда, чтобы у нас, детей, внизать любовь к династии. Я упоминаю об этом здесь только для того, чтобы указать, что это истинно королевская должность, обязанность властителя, - даровать помилование. После падения великого германского Рейха, суверенитет, а с ним вместе и право помилования, перешло к Вам. Пусть будет это Ваше право - сохранить или уничтожить человеческие жизни Вашим приговором - выполнено с истинно королевским достоинством, без боязни общественного мнения. Я же, как защитник, прошу Бога помочь мне найти подходящие слова при обращении к Вам за решением. Я не буду Вам при этом ни льстить,

H2779 -0075

H2779 – 0076

ни грозить, но буду только стремиться облегчить Вам Вашу столь ответственную перед историей задачу.

По ст. 26 Устава Лондонского Соглашения Четырех Держав от 8.8.45, приговор Трибунала является окончательным и неоспоримым. По ст.29 Вы имеете право смягчить приговор или изменить его в пользу подсудимых.

В духе этого законного предписания буду я обсуждать отдельные факты доказательственного материала, придерживаясь судебных определений в приговоре, для того, чтобы дать Вам основание для решения, и еще раз указать на то, что говорит в пользу подсудимых К разделу 1 обвинения /Заговор, ведущий к агрессивной войне/:

Раздел 1 обвинения предусматривает заговор, ведущий к агрессивной войне. Это обвинение самое тяжелое не только по определению обвинения, но и по приговору суда в общей его части, это, так сказать, источник всего зла. Оправдание в отношении этого обвинения, поскольку это обвинение снято обвинителями, является обстоятельством, которое не может не иметь значения для общей квалификации какого-нибудь подсудимого. В данном случае нужно прибавить, что Зейсс-Инкварт находится в положении, которое едва ли занимает кто-нибудь иной из подсудимых. Трибунал считает возможным указать это, потому,что Зейсс-Инкварт сделался Государственным Советником под Германским нажимом. Это предположение неверно. Зейсс-Инкварт был вовлечен в политику д-ром Шушнигом, приглашен Глейхом-Хорстенау, и его назначение последовало по предложению главного секретаря национального фронта Цернатто в противовес доминирующему влиянию нелегального нациста гауптмана Леопольда. При суждении о Зейсс-Инкварте особое значение имеет то обстоятельство, что, несмотря на все затруднения, установленными судьей Франсисом Биддл, он не злоупотребил своим ответственным положением, приготовленным для него д-ром Шушнигом, для подготовления заговора, что доказано тем, что Суд оправдал его по 1 разделу.

H2779 - 0077

Первое, по времени, обвинение - это то, что он принял должность союзного канцлера под германским нажимом вечером 11 марта 1938 г. Из оправдания по этому пункту обвинения можно сделать заключение о том, что, во первых, Зейсс-Инкварт с особой осторожностью придерживался законности, и, во вторых, что суд в полной мере признает его правдивость в том, что он считает многочисленные утверждения и доказательства обвинения неосновательными. По этим причинам оправдание, по этому самому тяжелому обвинению, является очень важным обстоятельством при общем осуждении Зейсс-Инкварта. К разделу 2 Обвинительного Акта /Преступления против мира в связи с ведением агрессивной войны/:

На чём основывается признание его виновности по этому разделу, не совсем ясно по скудным данным обоснования; возможно, что Зейсс-Инкварт принял должность союзного канцлера под нажимом со стороны Германии, и, в противоположность мирному договору, провел закон о воссоединении, и далее, что он 11 марта 1939 г. побудил руководителей Словакии об'явить независимость; наконец, что он принял на себя должность правителя в занятых во время войны областях Польши и Нидерланд.

Что касается Австрии, то утверждаемое положение дел верно. Зейсс-Инкварт подробно изложил это и привел свое обоснование, а именно, сохранение условного порядка для того, чтобы обеспечить законный ход событий и избегнуть катастрофических осложнений опасных для мира. И действительно, все события протекали тогда, с точки зрения формальной, законно. Президент союзного государства Миклас не был вынужден к отставке из за образования партии, но ушел к отставку, чтобы не препятствовать ходу событий. В связи с этим, утверждения суда в общей части его заключения представляют особое значение. Согласно этим судебным утверждениям, Зейсс-Инкварь не только никогда не посылал телеграмм с просьбой о вторжении - политический кардинальный пункт Германской аттаки -

H2779 - 0078

- хотя, как известно, неоднократно требовали от него, чтобы он это сделал - но он даже не послал в Берлин своего согласия. Суд счел возможным, имея основание на это, установить, что Зейсс-Инкварт еще в 10 часов вечера 11-го марта 1938 года должен был через Кеплера убедить Гитлера не производить нашествия, но Геринг не передал этого ходатайства Гитлеру, чтобы не нарушить его ночной покой. Из этого следует, что намеренной поддержки германского захвата со стороны Зейсс-Инкварта не было, но что он, только после проведения захвата, дал техническую возможность мирному ходу событий. Эти утверждения как раз являются важными с точки зрения настоящего суждения, причем не следует упускать из виду, что для Зейсс-Инкварта, конечно, национальное побуждение - осуществление права самоопределения - представляло особую важность, и, что он, с точки зрения этого, конечно, нелишенного благородства побуждения, считал, что он действует, как это показывало голосование, в согласии с преобладающим большинством населения. Здесь следует указать на показания свидетеля Штукарта, док. книга № 4, относительно неожиданного проведения закона об "аншлюссе", присоединении, и факта, что великие державы и Лига Наций приняла к сведению этот факт международного закона. Но, как бы то ни было, в отношении Кальтенбруннера суд в приговоре установил, что падение Австрии не является военным нападением; участие в проведении этого не подлежит квалификации по разделу 2, так как это не есть война. Это утверждение должно также относиться и к Зейсс-Инкварту.

Что касается поведения Зейсс-Инкварта 11.3.39, то, кроме показаний самого Зейсс-Инкварта, имеются документы Д 571 и ПС-279 которые дают нам сведения об этом. Во всяком случае, об'явление независимости Словакии не произошло по указанной интервенции. Но степень участия Зейсс-Инкварта важна для общего участия. Из этих двух документов следует, что Кеплер и Бюркель были активными участниками и Зейсс-Инкварт, как он об'яснил, должен был перепра-

H2779 - 0079

виться в Прессбург. Зейсс-Инкварт совсем не принимал участия в событиях, которые привели к об'явлению независимости 13.3.1939 г. Впрочем, здесь также речь не идет о войне.

Что касается деятельности в Польше и Нидерландах, то она, наравне с делом Франка, как преступление, не подпадает под раздел 2.

Суммируя все по обвинению по разделу 2, можно сказать, что упомянутые события настолько незначительны в отношении требуемой судом квалификации, т.е. военное нападение, что в других случаях с ними совсем не считались, и что намерение, которое имел Зейсс-Инкварт, не являлось поддержкой желания, провести нападения с третьей стороны, а только стремлением не допустить до того, чтоб уже совершившееся нападение привело бы к катастрофе, опасной для мира.

К разделу 3 /Военные преступления/.

Не подлежит сомнению, что имеются нарушения в смысле раздела 3 Устава. Здесь идет речь прежде всего об экономическом разграблении Нидерландов и привлечении рабочей силы Нидерландов к трудовой повинности в Германии, в обоих случаях против содержания постановлений Гаагских правил ведения войны на суше. В обоих случаях однако, очень важно для общего суждения о Зейсс-Инкварте, что инициатива и - как было установлено судом в делах Геринга и Заукля - приказ исходил из Берлина. Если и нет основания отрицать виновность и наказуемость, то, во всяком случае, есть повод к смягчению наказания, специально предусмотренному Уставом /параграф. К тому же Зейсс-Инкварт действовал с признанной Трибуналом неправильной правовой точки зрения на силу Гаагских правил ведения сухопутной войны, так, что и этот момент суб'ективной противозаконности, по крайней мере, очень ослаблен.

Имевшееся в запасе в Нидерландах в мае 1940 г. промышленное сырье было перевезено в Рейх уже в течение первых недель, а именно, путем мероприятий, которые относились к сфере деятельности

H2779 - 0080

Генеральных Секретарей, оставленных еще Нидерландским правительством. Недопустимо, чтобы они уступили бы противозаконному требованию; если они и находились под давлением, то под гораздо более сильным, чем вновь прибывшего рейхскомиссара, который не пользовался никаким чрезвычайным авторитетом. И Нидерландский генеральный секретарь, и рейхскомиссар стояли перед гораздо более сильной властью, именно уполномоченного для четырехлетного плана Тем не менее, Зейсс-Инкварт сделал следующее: при этих условиях он побудил Геринга сделать открытое обещание, что условия жизни нидерландцев не будут хуже, чем условия германского народа. Зейсс-Инкварт старался по возможности придерживаться этого обещания. Это ясно видно из засвидетельствованных показаний из документов Вензо 105 и из обращений Зейсс-Инкварта и протокола заседания от У111/42. Док.№ 82 /СССР 170/.

Что касается обвинения относительно принудительных работ, то приговор придает особое значение тому, что Зейсс-Инкварт, для проведения их, прибегал также к помощи полиции. В этом отношении следует принять во внимание неоспоримое показание Зейсс-Инкварта, что из 500.000 нидерландских рабочих в Рейхе, только 2.600 - приблизительно 1/2 %,- было задержано полицией и привезено в Рейх. Это подтверждается показаниями свидетеля Гофманна, допрошенного по делу СС, который показывает, что Зейсс-Инкварт запретил вмешательство полиции в делах по использованию рабочей силы. И далее утверждается, что Зейсс-Инкварт противился требованию 1944 г., чтобы 250.000 нидерландских рабочих привезти в Рейх, и не исполнил этого задания, что было подтверждено показаниями свидетеля Ламмерса, так как этого нельзя было провести без вмешательства полиции.

Приказ осенью 1944 г. об увозе всего способного носить оружие населения Голландии, был неоспоримо делом Вермахта. Если и есть нарушение в обоих случаях по разделу 3, согласно утверждениям приговора, то Зейсс-Инкварт действовал помимо приказа и при проведе

H2779-0081

старался не допускать никаких эксцессов.

К разделу 4 обвинения /Преступления против человечества/:

По обоснованиям приговора Зейсс-Инкварту приписываются 2 преступления:

1. Якобы он расстреливал через полицию заложников и заключал нидерландцев в концентрационные лагеря.

2. Якобы он провел мероприятия против евреев, в особенности в Нидерландах; главным образом, вывоз евреев в Аушвиц, и, принимая внимание его положение, нужно полагать, что он знал о том, что происходит там.

К пункту 1. Положение германской полиции при Гиммлере, при слиянии с СС, было особенно основательно изучено в течение этого процесса. В заключении было установлено, что Гиммлер создал в полиции связи СС собственный аппарат, совершенно независимый от других государственных инстанций, через который он совершил большое число тяжелейших эксцессов против человечества. Это относится к Гестапо и концентрационным лагерям. На основании этих утверждений последовало об'явление суда, что СС и Гестапо являются преступными организациями. Эта часть приговора, с самой широкой разработкой, должна быть принята во внимание при осуждении поведения Зейсс-Инкварта. Нельзя, с одной стороны, рассматривать Гестапо и СС как одинаковым образом руководящие и преступные организации, а, с другой стороны, в территориальных сферах налагать ответственность за деятельность полиции на неполицейских правителей. В настоящем случае это тем более действительно, что, по данным судебного следствия, полицейская организация в оккупированных областях еще теснее связана была с Гиммлером, чем в Рейхе. Но обширный материал следствия не нашел ни одного документа, ни одного свидетеля, которые показали бы, что Зейсс-Инкварт посадил хотя бы одного нидерландца в концентрационный лагерь или заставил бы застрелить заложника.

H2779-0082

Он не имел таких полномочий. Подавление сопротивления и движен саботажа были исключительно в компетенции Гестапо, руководство концентрационных лагерей исключительно в компетенции экономического и главного управления СС. Свидетель Морган по делу СС подробно описал, как трудно было для другого СС и полиции вмешиваться в дела концентрационных лагерей, и может ли здесь гражданское правительственное учреждение оказать влияние вплоть до ответственности за смертное наказание?

Что же касается расстрела заложников, то в самом приговоре говорится, что Зейсс-Инкварт хлопотал перед "главным фюрером СС и полиции" об уменьшении их числа, тем самым отрицается решающее влияние Зейсс-Инкварта. Здесь идет явно речь о случае в Роттер ме летом 1942 г. Тогдашнее вмешательство Зейсс-Инкварта было на правлено против командующего войсками. Возможно, что суд имел в виду вмешательства Зейсс-Инкварта после покушения на фюрера высш. СС и полиции в марте 1945 г. у Гиммлера, когда последний заставил расстрелять 500 нидерландцев заложников. Тогда с сентября 1944 г. речь шла вообще не о расстреле заложников, а о приведении в исполнение тех смертных приговоров, которые должны были вынести "главный фюрер СС и полиции", не на основании приказа рейхскомиссара, но на основании прямого приказа Фюрера от 30.7.40, ПС 835 - после доказанного действия террора и саботажа. Это подтверждается всеми свидетелями, допрошенными по этому делу в докладе Виммера перед судом. В связи с этим, в приговоре также утверждается, что Зейсс-Инкварт заставил заключать в тюрьму священник На многих тысячах страниц судебных актов есть только одно указан на такое действие, а именно, показание Зейсс-Инкварта о том, чт он заступился в полиции за священников, чтобы их освободили из концентрационных лагерей, что ему частично и удалось. Зейсс-Инкварт, будто бы, пользовался нидерландскими судьями, чтобы заключать в концлагери нидерландцев. Здесь, очевидно, факты были

H2779-0083

спутаны. Ни один нидерландский суд не имел никогда ни одного задания или полномочия,а/ судить об актах сопротивления, саботажа или террора, которые являлись исключительно делом помощи, б/ выносить приговор, с/ кого-нибудь заключать в концентрационный лагерь. Это вполне ясно видно из приказов Рейхскомиссара, представленных суду. Заключенные, осужденные по нидерландским законам, действительно, привозились из нидерландских исправительных домов в немецкие лагеря на работы, и с ними плохо обращались. После жалобы Амстердамского судьи, Зейсс-Инкварт разрешил, чтобы комиссия нидерландских судей посетила бы этот лагерь и, на основа представленного ими доклада, Зейсс-Инкварт прекратил все эти зл употребления и заставил перевести этих нидерландских заключенных обратно в нидерландские тюрьмы. Когда суд Лейвардта больше не функционировал, несмотря на ег безукоризненность, он дал пенсию судьям. Это видно из док. 881 Ф и из показаний д-ра Виммера. Далее Зейсс-Инкварт обвинялся в том, что он ввел полицейские суды. Здесь идет речь не о "суммарных" процедурах с сентября 1944 г. по приказу фюрера ПС 835 - а о действительных судах с ученым судьей с судопроизводством и с участием также нидерландских защитников. Полицейские суды функционировали только в мае 1943 г приблизительно 10 дней. Это доказывает об'ективность нидерландцев, что они не говорят в своем правительственном докладе ничего против этих особых судов, ни против помещения подозрительных в лагери, а только об ужасном обращении в этих случаях. В этом отношении, нужно проверить ответственность Зейсс-Инкварта. Он не нес непосредственной ответственности ни за концентрационные лагеря, ни за полицейские тюрьмы. Допускал ли он известные ему злоупотребления? Ссылались на неопровержимые показания Зейсс-Инкварта, свидетелей Д-р Виммера и засвидетельственного показания фрича, док. № 75, Зейсс-Инкварт неоднократно заступался, заставлял докладывать о смертных случаях, разрешал нидерландскому Красному Кресту посещать заключенных и даже посылал судебные комиссии в полицейские тюрьмы и концентрационные лагери для проверки условий и причины задержания.

H2779-0084

Единственный в своем роде случай в пределах Великой Германии. Принимая во внимание ужасные случаи, о которых сообщалось из различных областей, описывающие условия в немецких тюрьмах и концентрационных лагерях, происшествия в Нидерландах, хотя о них и приходится сожалеть и их осуждать, все же нужно считать менее ужасными. Ставшие известными эксцессы наказывались по настоянию Зейсс-Инкварта. См. показания Моргена /Дело СС/ о приговоре начальника лагеря Герцогенбуша. Действительно, можно ли поставить Зейсс-Инкварту в вину, когда он в своей речи заявлял в виде предупреждения, что противники должны быть уничтожены? Противниками он называл не людей с другими политическими мыслями, а саботажников и террористов. Но разве таких щадят во время войны? Действующие в настоящее время предписания не менее мягкие. Я ссылаюсь на приказ № 1 Военного Управления Германии, где только по ст.1 приводятся 20 случаев, подлежащих смертной казни. В то самое время он заявлял: и мы должны быть человечными и не мучить наших противников /ПС 3430/. Ни одного нидерландского полицейского не вынуждали подвергать нидерландцев совокупной ответственности за преступления их родственников /сиппенгафтунг/, см. показания Гиршфельда, который на заданный по этому поводу обвинителем вопрос, ответил отрицательно, и сказал, что национал-социалистические элементы нидерландской полиции делали это добровольно. И далее следует заведомо ложное показание Зейсс-Инкварта, согласно которому, мера совокупной ответственности за преступления родственников /сиппенгафтунг/ применялась только тогда, когда полиция оружием подавляла сопротивление; аресты производились до Рождества. Свидетель Гиршфельд подтверждает самостоятельность "выш.фюрера СС и полиции".

В связи с этим приговор предусматривает еще одно обвинение относительно деятельности Зейсс-Инкварта в Польше. Он принимал участие в начале операции А.Б., но только выполняя указания Генерал-губернатора Франка. Об этом говорит свидетель Бухлер. Он установил, что по его инициативе был ограничена власть полиции и под-

H2779-0085

черкнуто значение суда. Но здесь идет речь о распоряжении для подавления сопротивления, которое вообще всегда практикуется. Если суд по делу Франка устанавливает, что при этой операции происходили и незаконные экзекуции, то это были эксцессы, с которыми Зейсс-Инкварт не имел никакого дела, так как его тогда не было уже в Польше.

К пункту 2/. Это самое значительное обвинение, поставленное в приговоре Зейсс-Инкварту, в особенности в отношении утверждения. что"он знал о том, что происходит в Аушвице".

В то время, как в отношении пункта 1/ при данном распределении сил при нацистском правлении не могло быть другого или лучшего поведения со стороны Зейсс-Инкварта, поступки против евреев, несомненно, являются нарушением раздела 4. Нужно, однако, проверить степень его, Зейсс-Инкварта, ответственности в данном случае. Суд исходит из того, что Зейсс-Инкварт, к концу своей деятельности в Вене, производил вывоз евреев на восток. Мероприятия против евреев в Вене 1938 г., как и вообще в Рейхе, исходит от ноябрьских событий 1938 г., в особенности, из заседания 12. XI 1938 г. под председательством Геринга, ПС 1816. Зейсс-Инкварт совсем не присутствовал на этом заседании, а присутствовал Бюркель, которого взял с собой д-р Фишбэк. В отношении еврейского вопроса, Бюркель обвинял руководителей /ПС 2237/ и жаловался, что Зейсс-Инкварт не хотел действовать вместе с ними в отношении мероприятий против евреев /Док. 67 - /. Деятельность Зейсс-Инкварта кончается 30.4.39. Тогда не могло быть вывоза евреев на восток, хотя бы оттого, что тогда еще не было у Германии восточных областей!! Но и позднее по док. 3398 ПС - Зейсс-Инкварт протестовал против вывоза евреев Гаулейтером Вены и имел успех. Это единственное в этом документе, что можно считать несомненным фактом. По докладу полиции /док.66/ до мая 1939 г., приблизительно, половина евреев, находящихся в Австрии, могла законно уехать на запад или за-море, приблизительно, 90.000 людей. Что это было вызвано энергичной помощью Зейсс-Инкварта, видно из засвидетельственного Штрикером док. 70. Все эти люди избежали ужасной участи.

H2779-0086

Что же касается полиции и концентрационных лагерей в Австрии, то Зейсс-Инкварт не имел большого влияния, чем Оберпрезидент в Рейхе, и Бюргель был выше его. Ни один австриец не был арестован по его приказу или даже побуждению, наоборот целый ряд был выпущен, как например Союзный Канцлер, в отставке, Др. Эндер. Что же касается компетентности Зейсс-Инкварта и Бюркеля, то видно по всему, что Гейдрих или Бюркель имели инициативу и давали указания. В отношении его деятельности как Рейхштатгалтера, из следственного материала видно а/ коронительное отношение к требованиям Бюркеля о реквизиции в/ постоянные усилия, дать возможность евреям нормально уехать и успех в этом отношении, и ни одного случая заключения евреев в концентрационный лагерь.

Из приговора следует, что Зейсс-Инкварт преследовал евреев в Пльно. Что же доказывает это? Ничего, кроме отчета о командировке ПС 2378 с заметкой губернатора г. Люблина, что он хочет отправить Люблинских евреев в Киров, чтобы "казнить каждого десятого". В этом примечании Зейсс-Инкварт не высказывает своего отношения к этому. Является ли это несомненным доводом, который можно поставить ему в вину?

Что касается Нидерландов, то здесь были проведены все те же мероприятия, как и в Рейхе. По представленным суду приказам видно ясно, что все мероприятия в отношении имущества, проводились Зейсс-Инквартом, как Рейхскомиссаром, а именно, по указаниям Геринга, по поводу которого, согласно приговору, было установлено, что он давал приказы о ликвидации имущества евреев в Рейхе и оккупированных областях. Все мероприятия, которые относятся к свободе переселения с одного места на другое, введения ношения еврейской звезды и сбора всех евреев в еврейские кварталы, проводились Высшим СС и бюро полиции. Конечно, Зейсс-Инкварт не только знал об этом, но и был согласен с этими мероприятиями, Он обосновывает свое согласие на это тем, что считал такие мероприятия необходимыми, в качестве мер безопасности, направленных против евреев, как врагов национал-социалистической Германии.

H2779-0087

Существенным является то, что уже в это время распределение ответственной компетенции, все мероприятия, касающиеся свободы передвижения с места на место находились в компетенции Гейдриха согласно приказу Фюрера и проводились немецкой полицией. Это полное искажение заключения судебного следствия как и утверждения самого суда и основания приговора в отношении СС и Гестапо, когда суд по делу Зейсс-Инкварта говорит, что Зейсс-Инкварт провел массовый вывоз по предложению Гейдриха. Как будто нет больше учреждения Эйхманна с особыми отделениями во всех оккуированных областях, например фон дер Фунте в Амстердаме. Это обвинительное утверждение суда совершенно ложно и противоречит всем судебным заключениям и всем другим судебным утверждениям. В действительности же Зейсс-Инкварт долго противился вывозам и проводил мероприятие, чтобы задержать евреев в Нидерландах и например решительно препятствовал против уноза 400 евреев в марте 1941 г.

Суд делает выводы о том, что вследствие занимаемого им положения Зейсс-Инкварт знал об уничтожении евреев в Аушвице. В этом отношении его положение не превышало положения любого министра или другого местного органа управления, как напр., какого нибудь гаулейтера. Если же суд признает в одном из этих случаев незнание, то он все же должен признать, что он находился на крайном западе Рейха, а не в Берлине, центре всех новостей и слухов. Нужно иметь в виду, что Зейсс-Инкварт никогда не требовал от какого нибудь чиновника Рейха, чтобы у него забрали 60.000 евреев, или, чтобы ему докладывали об уничтожении евреев в оккупированных областях или, чтобы он знал о допо- или концентрационных лагерях. Все же такие предположения отпадают в отношении Зейсс-Инкварта и нельзя сказать, что он нарочно об этом не хотел и знать; когда вывоз был неизбежен, то он велел проверить места будущего местопребывания, он спрашивал позже у Гитлера и Гиммлера, что будет с евреями.

H2779-0088

Итак, у Зейсс-Инкварта не только нет указаний на такие предположения, но у него можно отметить известную заботу и предосторожность, которые отсутствуют у других. Что Зейсс-Инкварт так же, как и Нейрат, спас тысячи от высылки, является фактом, который устанавливается Нидерландским правительственным докладом. Как пояснил свидетель Морген в своем изложении операции истребления, неосведомленность Зейсс-Инкварта можно об'яснить тем, что он находился на дальнем западе. Что он рассчитывал на то, что большинство евреев еще живы, следует из того, что он не удержал реквизированного имущества ни для использования государством, ни для иных целей.

Расследование пунктов обвинения, приведенных судом, дополнение их фактами из судебного следствия, говорящими в пользу подсудимого, и сравнение с другими приговорами Трибунала, дает нам следующую картину:

Обвинение в совершении преступления по разделу 2 заключается в том, что деятельность Зейсс-Инкварта после свершившихся фактов была направлена к тому, чтобы избежать трудности, представляющие угрозу миру. Зейсс-Инкварт считал, что он действует в духе преобладающего большинства в Австрии, для проведения обещанного им права самоопределения немецкого народа.

В отношении раздела 3. Экономическое разграбление и использование принудительного труда последовало по приказу из центра Рейха. Зейсс-Инкварт старался, при проведении этих заданий, соблюдать интересы нидерландцев, и никогда не прибегал к крайним мерам в размере, нарушающем порядок.

В отношении раздела 4. За расстрелы, полицейские тюрьмы и концентрационные лагери Зейсс-Инкварт не отвечает непосредственно. И здесь в своей деятельности он смягчал и исправлял. Со стороны судебных учреждений не было злоупотреблений. Мероприятия в отношении имущества евреев он проводил закономерно; он согласился на

H2779-0089

мероприятия в Нидерландах. Высолние последовало против его совета. Он никогда не называл это: "Вклады в культуру", никогда не считал евреев неполноценными, и проявил заботу в отношении их судьбы.

Следующие основания, однако, которые были своевременно признаны судом, могут быть противопоставлены вышеупомянутым обвинениям

Оправдание Зейсс-Инкварта, как одного из главных военных преступников, по разделу 1, представляет, в данном случае, большое значение для подсудимого.

Мы обязаны вмешательству Зейсс-Инкварта, что в Нидерландах было:

Уменьшение числа расстрелов заложников,

предотвращение огромных разрушений портовых сооружений в Роттердаме и в областях, находящихся под угрозой наводнения

/свидетели Шеболь, ф.д. Вонзо, Виммер, Гирлфольд/.

Эти обстолтельства должны быть приняты во внимание, для смягчения приговора. Наверно, господам Контрольного Совета известно, что из 33.000 кв. миль поверхности Нидерландов, 1/4 лежит ниже уровня моря. Запланированное Гиммлером и Борманном разрушение и взрывание плотин и плюз, превратило бы Нидерланды, одну из самых густо населенных стран земли, в пустынный соляной поток, и нужда и несчастье были бы уделом Нидерландов даже после освобождения. Это было делом Зейсс-Инкварта, предотвращение приказа "Сожженная земля". Предотвращение было рисковано для Зейсс-Инкварта, как и для Шпеера

Но еще важнее суб'ективно было соглашение, достигнутое с начальником штаба генерала Эйзенхауера, в результате которого была оккупация и обеспечение питания для Нидерландского населения. Если и наступило вскоре общее перемирие, то все же,можно было ожидать 30.1У 45 г. долгое сопротивление и предлагали заключение 60-дневного перемирия. Это соглашение было очень рисковано; в подобных случаях с виновниками быстро расправлялись по указаниям Бормана.

H2779-0090

чего-либо подобного опасался и военный главнокомандующий Блазкоп Зейсс-Инкварт об'явил, что принимает всю ответственность на себя Наконец, нельзя упускать из виду, что биологическое положение Нидерландского народа в середине 1944 года, было очень благоприятное, как показывают цифры бракосочетания, рождаемости и смертности. В течение этого времени Нидерландское население перешло за пределы 9 миллионов. Во всяком случае, здесь нельзя говорить о значительных потерях, как в Польше или других восточных областях. Зейсс-Инкварт не преследовал никаких планов германизации оккупированных областей путем эвакуации местного населения. Это следует также из данных статистического материала, представленного защитой.

При обсуждении исполнения должности подсудимым в Нидерланда нельзя упустить из виду, что эта страна была страной, которая оказывала наибольшее сопротивление оккупации. Если это сопротивление охватившее все население и было в начале более пассивным, то позднее это сопротивление усилилось и перешло в активное, которое по своей природе не придерживалось правил войны и которое велось с усиливавшейся остротой. Было бы умалением отважности борцов за свободу, если бы их подавление можно было бы об'яснить только неспособностью власти оккупации. Это значило бы не дать полного изображения подсудимого, если бы мы не указали, что он был человеком, который остался чистым. Лично он никогда не обогащался, не присвоил себе богатых сокровищ искусства страны,и не получил ни одного из 100.000 почетных подарков, кроме портрета фюрера, ко дню своего 50-летнего рождения. При вынесении приговора не следует упустить из виду, что он должен содержать жену и 3 детей.

Главный судья Роберт Джексон в своей вступительной речи назвал Нюрнбергский процесс опытом, который не может быть полным, и, позднее, признался, что это суд победителя над побежденным. Д-р Молдон Глюк, профессор Гарвардского Университета, с которым

H2779-0091

Верховный Судья Джексон советовался при составлении Обвинительного Заключения, в своей книге "Нюрнбергский Суд и Агрессивная Война" характеризует, как весьма важные замечания защиты, особенно относительно ответственности отдельных личностей за поступки государства и применение какого-либо закона ex post facto . Он соглашается также, что может быть было бы целесообразнее образовать действительно настоящий Международный Суд для вынесения приговора против обвиненных нацистских преступников. Это увеличивает еще больше обязанность Контрольного Совета, согласно установленной Уставом возможности пересмотра приговора в пользу подсудимых, произвести это самым тщательным образом. И если теперь будет сделана попытка использовать результаты процесса в партийно-политическом смысле , протестовать на народных митингах против освобождения части подсудимых, то это явится недопустимой критикой по отношению суда оккупационной силы и оскорблением по отношению к судьям, которые вынесли приговор, применяя все свои знания и самым добросовестным образом. Оскорблением по отношению к Контрольному Совету для Германии являются также то, что распространяются слухи, что ходатайства о помиловании и прошения о смягчении наказания, на основании параграф. 29 Устава, будут бесцельными, ибо решения должны быть вынесены единогласно, и что представители одного из государств уже заранее решили голосовать против удовлетворения этих ходатайств. Защита совершенно уверена, что и Контрольный Совет рассмотрит прошения защитников самым добросовестным образом. Но долгом, а вместе с тем, и правом защиты будет указать на известную несоответственность при определении наказания, а особенно на освобождение Шахта и Папена, и наказания, к которому приговорены Ширах и Нейрат. Немецкий народ находится еще чересчур под влиянием последствий агрессивной войны, развязанной нацистскими преступниками, для того, чтобы об'ективно оценить Нюрнбергский процесс. Он видит тысячи и десятки тысяч беженцев, блуждающих по Германии, которых ожидает в-будущем страшная зима. Он раздумывает о печальной судьбе 100.000 еще невозвратившихся домой военнопленных и видит такое нелепое положение, при котором тысячи евреев бегут из Польши в Россию и Герма-

H2779-0092

нию, в страну, которая еще недавно была управляема Адольфом Гитлером, для того, чтобы избежать преследования.

К какому бы результату не привел бы этот процесс, он не должен остаться только попыткой. Он должен соответствовать также правовым принципам в будущем и служить примером для того, чтобы привести в действие уже давно запоздавшую и дремлющую международную решимость обеспечить всеобщий мир посредством живого права.

На основании изложенного в моем ходатайстве, я представляю Высшему Контрольному Совету предложение, пересмотреть существующий доказательственный материал и приговор, согласно изложенному в моем ходатайстве, в смысле нахождения смягчающих обстоятельств для подсудимого Артура Зейсс-Инквартa, и произнесенный против него смертный приговор заменить пожизненным или временным тюремным заключением. Да не будут забыты при этом слова величайшего поэта всех времен Шекспира, который пишет в "Венецианском Купце":

"Искусство милости не знает принужденья.
И каплет, как благой небесный дождь
На землю.
Вдвойне благословенны:
Благословен да будет, кто дает,
Благословен и тот, кто принимает."

/Подпись/
Д-р Густав Штойнбауер
Адвокат
Вена

H2779-0093

УДОСТОВЕРЕНИЕ

Я, Д-р Франк Эстеркин, настоящим удостоверяю, что я вполне владею немецким и русским языками, и что настоящее является точным и верным переводом оригинального документа.

9-го октября 1946 г.

Д-р Франк Эстеркин
Военный билет № 18784

CERTIFICATE OF TRANSLATION.

I, Dr. Frank Esterkin, hereby certify that I am thoroughly conversant with the German and Russian languages; and that the above is a true and correct translation of the original document.

9th October 1946.

Dr. Frank Esterkin
M.E. Permit 18784

H-2779

Seyss-Inquart - Clemency

Clemency & Pleas
Seyss-Inquart

H2779-0094